

Einladung

zur 11. Sitzung des Organisations- und Personalausschusses am
Mittwoch, 15. November 2017, 13.30 Uhr, Rathaus, Gobelinsaal

Tagesordnung:

- I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L
1. Genehmigung der Protokolle über die Sitzung am 27. September 2017 und 18. Oktober 2017
2. Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2494/2017)
3. Antrag der CDU-Fraktion zur Umwidmung der "Stelle für Demokratiestärkung und gegen Rechtsextremismus" (Drucks. Nr. 2538/2017)
4. Ernennung eines Ehrenbeamten der Freiwilligen Feuerwehr (Drucks. Nr. 2649/2017)
5. Finanzbudget für das Kulturhauptstadtbüro 2025 (Drucks. Nr. 2452/2017)
6. Haushaltsbegleitantrag zur Drucksache 2040/2013 Inklusion als Modul in der Führungskräftequalifizierung (Informationsdrucks. Nr. 2693/2017)
7. Überprüfung der Erforderlichkeit der Vereinsmitgliedschaften der Landeshauptstadt Hannover (LHH) (Informationsdrucks. Nr. 2694/2017 mit 1 Anlage)
8. Haushaltsbegleitantrag H-0118/2017 Relaunch Hannover.de (Informationsdrucks. Nr. 2695/2017)
9. Haushaltsbegleitantrag H-0120/2017 Elektronische Signatur zur Zeichnung von Anträgen und Anfragen für die Fraktions-, Gruppenvorsitzenden und Einzelvertreterinnen und -vertreter (Informationsdrucks. Nr. 2696/2017)

10. Haushaltsbegleitantrag H 0115/2017
Personalgewinnung in technischen und sozialen Berufen
(Informationsdrucks. Nr. 2697/2017)
11. 2. Ergebnisbericht 2017 des Fachbereichs Personal und Organisation sowie
des Fachbereichs Feuerwehr
(Informationsdrucks. Nr. 2605/2017 mit 2 Anlagen)
12. Bericht über die Prognose zum Personalaufwand 2017
(Drucks.Nr. /2017) -wird nachgereicht

Schostok

Oberbürgermeister

PROTOKOLL

11. Sitzung des Organisations- und Personalausschusses am Mittwoch, 15. November 2017,
Rathaus, Gobelinsaal

Beginn 13.30 Uhr
Ende 15.10 Uhr

Anwesend:

(verhindert waren)

| | | |
|----------------------------|-------------------------|-------------------|
| (Beigeordnete Kastning) | (SPD) | |
| Ratsherr Borstelmann | (CDU) | |
| Ratsherr Drenke | (Bündnis 90/Die Grünen) | |
| Ratsherr Engelke | (FDP) | 13.30 - 14.56 Uhr |
| Ratsherr Gill | (SPD) | |
| (Beigeordneter Hauptstein) | (AfD) | |
| Ratsherr Hirche | (AfD) | 13.30 - 14.51 Uhr |
| Ratsfrau Klingenburg-Pülm | (Bündnis 90/Die Grünen) | |
| (Ratsfrau Langensiepen) | (Bündnis 90/Die Grünen) | |
| Beigeordneter Machentanz | (LINKE & PIRATEN) | 13.30 - 14.55 Uhr |
| Ratsherr Markurth | (SPD) | |
| Ratsherr Marski | (CDU) | |
| Ratsherr Dr. Menge | (SPD) | 13.30 - 15.05 Uhr |
| Ratsherr Pohl | (CDU) | |
| (Ratsfrau Steinhoff) | (Bündnis 90/Die Grünen) | |

Grundmandat:

| | | |
|-----------------|--------------------|-------------------|
| Ratsherr Förste | (Die FRAKTION) | 13.30 - 14.53 Uhr |
| Ratsherr Wruck | (DIE HANNOVERANER) | 13.30 - 14.55 Uhr |

Für die Verwaltung:

| | |
|------------------------|---|
| Frau Stadträtin Rzyski | Bildungs-, Jugend- und Familiendezernat |
| Frau Daniemeier | Gesamtpersonalrat |
| Frau Diers | Fachbereich Personal und Organisation |
| Herr Flaßbart | Fachbereich Personal und Organisation |
| Frau Gehrke | Gleichstellungsbeauftragte |
| Frau Gödecke | Gesamtpersonalrat |
| Herr Grabow | Fachbereich Kultur |
| Herr Häfker | Fachbereich Personal und Organisation |
| Herr Kallenberg | Fachbereich Personal und Organisation |
| Herr Lange | Fachbereich Feuerwehr |
| Frau Lehmann | Kultur- und Personaldezernat |
| Herr Möser | Fachbereich Büro Oberbürgermeister |
| Herr Münch | Fachbereich Personal und Organisation |
| Herr Rackow | Fachbereich Personal und Organisation |
| Frau Rostin | Kultur- und Personaldezernat |
| Frau Wilke | Fachbereich Gebäudemanagement |

Frau Lüders

Fachbereich Personal und Organisation
Für die Niederschrift

Tagesordnung:

- I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L
1. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung am 27. September 2017 und 18. Oktober 2017
2. Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2494/2017)
3. Antrag der CDU-Fraktion zur Umwidmung der "Stelle für Demokratiestärkung und gegen Rechtsextremismus" (Drucks. Nr. 2538/2017)
4. Ernennung eines Ehrenbeamten der Freiwilligen Feuerwehr (Drucks. Nr. 2649/2017)
5. Finanzbudget für das Kulturhauptstadtbüro 2025 (Drucks. Nr. 2452/2017)
6. Haushaltsbegleitantrag zur Drucksache 2040/2013 Inklusion als Modul in der Führungskräftequalifizierung (Informationsdrucks. Nr. 2693/2017)
7. Überprüfung der Erforderlichkeit der Vereinsmitgliedschaften der Landeshauptstadt Hannover (LHH) (Informationsdrucks. Nr. 2694/2017 mit 1 Anlage)
8. Haushaltsbegleitantrag H-0118/2017 Relaunch Hannover.de (Informationsdrucks. Nr. 2695/2017)
9. Haushaltsbegleitantrag H-0120/2017 Elektronische Signatur zur Zeichnung von Anträgen und Anfragen für die Fraktions-, Gruppenvorsitzenden und Einzelvertreterinnen und -vertreter (Informationsdrucks. Nr. 2696/2017)
10. Haushaltsbegleitantrag H 0115/2017 Personalgewinnung in technischen und sozialen Berufen (Informationsdrucks. Nr. 2697/2017)
11. 2. Ergebnisbericht 2017 des Fachbereichs Personal und Organisation sowie des Fachbereichs Feuerwehr (Informationsdrucks. Nr. 2605/2017 mit 2 Anlagen)
12. Bericht über die Prognose zum Personalaufwand 2017 (Informationsdrucks. Nr. 2735/2017 mit 1 Anlage)

I. ÖFFENTLICHER TEIL

Der stellvertretende Vorsitzende, Ratsherr Borstelmann, eröffnete die 11. Sitzung des form- und fristgerecht geladenen, beschlussfähigen Organisations- und Personalausschusses. Er wies darauf hin, dass die öffentlichen Teile der Sitzung solche seien, bei der grundsätzlich Ton- und Bildaufnahmen getätigt werden dürfen und las dazu die entsprechende Regelung der Geschäftsordnung vor. Weiter begrüßte er Frau Stadträtin Rzyski, die heute in Vertretung für Herrn Stadtrat Härke an der Sitzung des Organisations- und Personalausschusses teilnehme.

Frau Stadträtin Rzyski erläuterte, dass sie heute in der regulären Funktion als Vertreterin von Herrn Stadtrat Härke sei, welcher sich im Urlaub befinde.

Ratsherr Borstelmann gab an, dass der Tagesordnungspunkt 2 auf Wunsch der CDU in die Fraktion gezogen werde.

Ratsherr Engelke ergänzte, dass der Tagesordnungspunkt 3 auf Wunsch der FDP in die Fraktion gezogen werde.

Letztlich stellte Ratsherr Borstelmann keine weiteren Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung fest.

TOP 1.

Genehmigung der Protokolle über die Sitzungen am 27. September 2017 und 18. Oktober 2017

Ratsherr Borstelmann stellte fest, dass es keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche zu den Protokollen über die Sitzungen am 27. September 2017 und 18. Oktober 2017 gebe und stellte damit beide zur Abstimmung.

Einstimmig

TOP 2.

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zur Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings (Drucks. Nr. 2494/2017)

TOP 2

Beigeordneter Machentanz bemerkte, dass der Antrag im Ratsinformationssystem CaRa nicht aufgeführt sei.

Ratsherr Borstelmann entgegnete, dass dies seitens der Verwaltung nochmal geprüft werde.

Antrag

zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Zuwendungswesen zu modernisieren. Übergeordnete

Ziele der Modernisierung sind die auskömmliche Förderung der Freien Träger zur Erbringung der gewünschten Leistungen, der Erhalt der Trägervielfalt, wobei kleinere Träger nicht benachteiligt werden sollten, und der möglichst effiziente, passgenaue Einsatz der kommunalen Mittel zur Erreichung der präventiven, sozialen, kulturellen und integrativen Aufgaben innerhalb der Stadtgesellschaft. Das hierfür zu erarbeitende Konzept soll den Ausschüssen und dem Rat zur Beschlussfassung spätestens vor der Sommerpause 2018 vorgelegt werden. Folgendes soll in diesem Konzept berücksichtigt werden:

1. Das Zuwendungswesen soll **vereinfacht** werden, z.B. durch eine Online-Abgabe und digitale Verarbeitung der Zuwendungsanträge der Freien Träger.
2. Das Zuwendungswesen soll **transparenter** werden, z.B. durch ein verbessertes Reporting und Controlling der Anträge und der dahinterstehenden erbrachten Zuwendungszwecken und deren Erfüllung. Grundsätzlich darf dies aber nicht zulasten der Trägervielfalt gehen und soll kleinere Träger nicht benachteiligen. Um dies zu erreichen, sind in den Fachbereichen, gegebenenfalls schrittweise, entsprechende Zuwendungszwecke und Förderkriterien im Austausch mit den Trägern zu erarbeiten und den Ratsgremien vorzulegen. Dies bedeutet auch, dass einheitliche Richtlinien und Beratungsleitfäden in den Fachbereichen selbst in Bezug auf die Beratung der Träger und der Bewilligung der Anträge erarbeitet werden müssen. Zudem soll das Zuwendungscontrolling Informationen über Anträge, Bewilligungen bzw. Ablehnungen und ihre jeweiligen Begründungen sowie über Verwendungsnachweise und Berichte darstellen. Außerdem soll eine klare Aufschlüsselung nach Sach- und Personalkosten sowie eine einheitliche und verbindliche Unterscheidung zwischen institutioneller Förderung und Projektförderung erfolgen. Des Weiteren soll dargestellt werden, ob und ggf. in welcher Höhe und wie lange Dritte das jeweilige Vorhaben fördern. Dargestellt werden sollen auch, welche Schwerpunkte entsprechend aktuellen stadtweiten oder stadtteilbezogenen Erfordernissen gesetzt werden. Darüber hinaus sollen auch die bestehenden Sammeltöpfe in das unterjährige Controlling einbezogen werden. Hier soll analog zu den Zuwendungsvergaben im Rahmen des Haushalts ein Controlling etabliert werden, das die gleichen Informationen bereithält wie das reguläre Zuwendungscontrolling. Auch sollte der Mittelabfluss dargestellt werden.
3. Das Zuwendungsverzeichnis soll so umgestaltet werden, dass klarer erkennbar wird, in welcher Höhe Zuwendungen tatsächlich an Freie Träger im Sinne der Daseinsvorsorge erfolgen und in welcher Höhe freiwillige Leistungen im Bereich der präventiven, sozialen und kulturellen Arbeit verausgabt werden.
4. Die Aufgaben, die Freien Träger übertragen werden, sollen **auskömmlich** und **bedarfsgerecht** finanziert werden. Dies wird durch eine einheitliche Beschreibung der Zuwendungszwecke seitens der Verwaltung und die standardisierten Reportingtools für die Träger möglich. Die Zuwendungen sollen zudem mehr **Planungssicherheit** bieten.
5. Die Zuwendungsempfänger sollen verpflichtet werden, in ihrer Öffentlichkeitsarbeit darauf hinzuweisen, dass die Stadt an der Finanzierung des Projektes/der Institution beteiligt ist.

Auf Wunsch der CDU in die Fraktionen gezogen

TOP 3.

Antrag der CDU-Fraktion zur Umwidmung der "Stelle für Demokratiestärkung und gegen Rechtsextremismus" (Drucks. Nr. 2538/2017)

Antrag zu beschließen:

1. Die städtische "Stelle für Demokratiestärkung und gegen Rechtsextremismus" (SDR), OE 50.60 wird in "Stelle für Demokratiestärkung und gegen Extremismus" umbenannt.
2. Entsprechend der dann gültigen Benennung liegt der Fokus der Arbeit der Stelle nicht mehr ausschließlich in der Bekämpfung des Rechtsextremismus, sondern in der Bekämpfung von politischen und religiösem Extremismus jeglicher Ausrichtung.

Auf Wunsch der FDP in die Fraktionen gezogen

TOP 4.

Ernennung eines Ehrenbeamten der Freiwilligen Feuerwehr (Drucks. Nr. 2649/2017)

Antrag,

zu beschließen, unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter für die Dauer von 6 Jahren

Herrn Michael Sander, Freiwillige Feuerwehr Buchholz,
zum Ortsbrandmeister

zu ernennen, sofern die persönlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Begründung des Antrages

Nach § 13 des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes und § 5 der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Landeshauptstadt Hannover sind die Ortsbrandmeisterinnen/Ortsbrandmeister und deren Stellvertreterinnen/Stellvertreter in das Ehrenbeamtenverhältnis zu berufen.

Der Vorschlag zur Ernennung der Ortsbrandmeisterin/des Ortsbrandmeister und der stellvertretenden Ortsbrandmeisterin/stellvertretenden Ortsbrandmeisters wird von der Mehrheit der in einer hierzu einberufenen Versammlung anwesenden aktiven Mitglieder der jeweiligen Ortsfeuerwehr abgegeben. Über die Ernennung beschließt der Rat nach Anhörung der Leiterin/des Leiters der Berufsfeuerwehr. Dieser hat bereits zugestimmt.

Wir bitten, wie beantragt zu beschließen.

Einstimmig

TOP 5.

Finanzbudget für das Kulturhauptstadtbüro 2025 (Drucks. Nr. 2452/2017)

Beigeordneter Machentanz gab an, dass dem Antrag zugestimmt werde, äußerte aber Bedenken, da noch nicht geklärt sei, welche Themen die Aufgabe „Kulturhauptstadt“ beinhalte und ergänzte, dass es wichtig sei, dass die soziale Frage und die Wohnraumsituation im Konzept mit aufzunehmen sei. Dies werde aber an späterer Stelle bei weiteren Anträgen nochmals angesprochen werden.

Ratsherr Engelke erklärte, dass das Projekt bereits ausführlich vorgestellt worden sei und dabei einen schlüssigen Eindruck machte. Weiter gab er an, dass nun mit der Aufgabe begonnen werden solle und weiteres dann später noch ergänzt werden könne. Das Personal solle nun aber mit der Arbeit beginnen und daher werde dem Antrag ebenso zugestimmt. Abgesehen davon sei die Aufgabe dort in guten Händen.

Antrag,

auf Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Aufwendung für die Vorbereitung einer Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas 2025 in Höhe von 390.000 € gemäß § 117 NKomVG mit Deckung durch zentrale Personalminderaufwendungen im Produkt 11105 im TH 18.

10 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 6.

Haushaltsbegleitantrag zur Drucksache 2040/2013 Inklusion als Modul in der Führungskräftequalifizierung (Informationsdrucksache Nr. 2693/2017)

Frau Diers erklärte, dass die Tagesordnungspunkte 6 bis 10 allesamt Stellungnahmen zu Haushaltsbegleitanträgen seien. In Abstimmung mit Dezernat I sei vor einiger Zeit beschlossen worden, dass einmal jährlich zum Sachstand von Haushaltsbegleitanträgen berichtet werde, was hiermit geschehe.

Ratsherr Wruck stellte fest, dass die Stellungnahmen ein Jahr nach der Verabschiedung des Haushalts vorgelegt worden seien und fragte dazu, warum überhaupt Stellungnahmen kämen und warum erst so spät. Er gab an, dass man erwarten könne, dass die Verwaltung noch vor der Verabschiedung des Haushalts Stellungnahmen abgeben würde.

Frau Stadträtin Rzyski gab an, dass, sobald durch den Rat Haushaltsbegleitanträge beschlossen würden, die Verwaltung beginne, diese umzusetzen. Dabei handle es sich jedoch um unterschiedliche Zeitabläufe, sodass immer dann berichtet werde, wenn es auch tatsächlich berichtenswerte Informationen gebe. Auch in anderen Fachbereichen und Fachausschüssen seien Sachstände zum Jahresende üblich. Nicht alle Haushaltsbegleitanträge unterliegen einer gleichen zeitlichen Struktur, insofern könne in manchen Angelegenheiten ein konkretes Ergebnis und in anderen Fällen beispielsweise über Projektfortschritte oder Zwischenstände berichtet werden.

Frau Diers ergänzte, dass es sich bei Haushaltsbegleitanträgen um Beschlüsse zur Umsetzung handeln könne, die die Verwaltung umsetze. Andere beziehen sich auf

Beschlüsse zur Prüfung, in denen anders vorgegangen werden könne. Dabei bestehen jeweils unterschiedliche Umfänge, die dementsprechend verschieden ausführlich und zu unterschiedlichen Zeiten berichtet werden können.

Zur Kenntnis genommen

TOP 7.

Überprüfung der Erforderlichkeit der Vereinsmitgliedschaften der Landeshauptstadt Hannover (LHH) (Informationsdrucksache Nr. 2694/2017 mit 1 Anlage)

Ratsherr Engelke gab an, dass er mit dem Ergebnis, rund eine halbe Million Euro für Vereinsmitgliedschaften auszugeben, nicht zufrieden sei. Er ergänzte, dass es nicht damit getan sei, bei unterschiedlichen Vereinen nur Mitglied zu sein, denn man müsse berücksichtigen, dass damit weitere Aufgaben und Personalressourcen verbunden seien. So halten Vereine zum Beispiel Sitzungen ab, an denen teilgenommen werde oder sie schreiben Jahresberichte, die durch Beschäftigte der Verwaltung gelesen und gegebenenfalls weiterverarbeitet werden müssen. Sicherlich gebe es zu jeder Vereinsmitgliedschaft eine Begründung, warum genau diese besonders wichtig sei, aber trotzdem sei ihm diese Überprüfung nicht intensiv und kritisch genug vollzogen worden. Letztlich wies er darauf hin, dass die FDP Fraktion sich diese Liste in nächster Zeit noch genauer ansehen werde.

Beigeordneter Machentanz sagte, dass er Ratsherrn Engelke zustimmen könne und die Liste nochmals sehr kritisch überprüft werden müsse. Er ergänzte, dass dies nicht das letzte Ergebnis sein könne.

Ratsherr Pohl erwiderte, dass die Antragssteller sich sicherlich ein anderes Ergebnis vorgestellt hätten und gab an, dass er es zur Verdeutlichung gewünscht hätte, wenn die Liste so zusammengestellt worden wäre, dass ersichtlich gewesen wäre, welchen Organisationseinheiten welche Vereine zugeordnet seien. Er ergänzte, dass er nicht denke, dass zu jeder Sitzung ein Beschäftigter der Landeshauptstadt gehe, aber man könne durchaus kritisch betrachten, welcher Aufwand hinter welcher Mitgliedschaft stehe. Insgesamt sei es aber ein unbefriedigendes Ergebnis zum Haushaltsbegleit Antrag.

Frau Diers wies darauf hin, dass die Mitgliedschaften bei dem Niedersächsischen Studieninstitut, dem Landesverband der Volkshochschulen, der deutschen Verkehrsunternehmer, der VKU, der Bundesarbeitsgemeinschaft der IT-Dienstleister und der kommunale und kirchliche Altersversorgung 82% der Zuwendungen ausmachen und zwar 400.000 € von den insgesamt 486.000 €. Sie ergänzte, dass jede Mitgliedschaft jährlich überprüft werde, so wie es auch in der Drucksache beschrieben sei. In Anlehnung an die Bemerkung von Ratsherrn Pohl gab sie an, dass die Organisationseinheit in der Liste abzulesen sei, die Verwaltung aber gerne entsprechende Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner benenne und die Organisationsziffern ausschreibe, sodass, wenn gewünscht, Kontakt aufgenommen werden könne. Insgesamt wurde so vorgegangen, dass in der Dezernentenkonferenz diese Liste vorgestellt worden ist und es den Dezernaten oblag, eine Bewertung der Mitgliedschaften vorzunehmen. Es solle in Zukunft so sein, dass einer Mitgliedschaft ein Ratsbeschluss vorangehen müsse, auch bei Mitgliedschaften mit geringerem Beitrag. Hiermit soll sowohl das Controlling verbessert, als auch eine engmaschigere Begleitung durch die Ratsfraktionen erreicht werden.

Ratsherr Dr. Menge gab an, dass er die Tabelle sehr aussagekräftig finde und gab an, dass nur knapp 15.000 € eingespart würden, wenn man alle Mitgliedschaften unter 500 € kündigen würde, voraussichtlich aber viel Struktur und Netzwerk verloren gehe. Man solle also eher schauen, was durch welche Mitgliedschaft bewirkt werden könne und dabei vertraue er auf die Einschätzung der Verwaltung. Dass der Rat über neue Mitgliedschaften mitentscheide, halte er für sinnvoll, allerdings müsse abgewogen werden, dass es nicht zu einem Ungleichgewicht komme, wenn mehr in die Überprüfung investiert werde, als in die Mitgliedschaft selbst.

Ratsherr Wruck gab an, dass man bei der Übersicht nicht von großer Enttäuschung sprechen könne, da es sich immerhin um die Landeshauptstadt handele, deren Mitgliedschaft in Vereinen immer Gewicht habe und dieses Gewicht könne und solle man positiv einsetzen im Sinne der Stadt. Insofern solle im Ergebnis nicht so viel kritisiert werden.

Ratsherr Engelke erklärte, dass es nicht um Haushaltskonsolidierung oder die Einsparung durch die Kündigung gehe, sondern er von den Nebenkosten spreche, die eine Mitgliedschaft mit sich bringe. Außerdem frage er sich, was die Landeshauptstadt davon habe, dass sie passives Mitglied in einem Verein sei, da dadurch kein zusätzlicher Nutzen entstehen würde. Ebenso hinterfragte er die Mitgliedschaft in Vereinen, wie dem Skal Club Hannover und dem ELSA e.V., wohingegen er an dieser Stelle zum Beispiel die City Gemeinschaft Hannover nicht zur Diskussion stelle. Eine passive Mitgliedschaft halte er aber insgesamt für zwecklos. Selbst das Zusenden lassen und Verarbeiten von Jahresberichten verursache Arbeit, welche vor dem Hintergrund des Bedarfes an zusätzlichem Personal für die Verwaltung schwer zu begründen sei.

Ratsherr Markurth gab an, dass er sehr zufrieden mit dem Ergebnis sei und es sich für ihn um eine Punktlandung handele. Die Auswahl der Vereine sei sehr gut und nur ein sehr kleiner Teil stehe überhaupt in Frage. Durch die passive Mitgliedschaft werde der Aufwand ja auch sehr gering gehalten. Überhaupt den Aufwand zu beziffern sei sehr schwierig, da dies zum laufenden Verwaltungsgeschäft gehöre. Man sei als Landeshauptstadt überall dort präsent, wo man Informationen bekomme oder wo man bestimmte Vereine in ihrer Arbeit unterstütze. Insofern handele es sich um eine gelungene Mischung.

Frau Stadträtin Rzyski unterstützte die Aussage von Ratsherrn Markurth und resümierte, dass die Landeshauptstadt Hannover wenig überflüssige Mitgliedschaften habe. Bei den passiven Mitgliedschaften könne man davon profitieren, auch im Bedarfsfall auf die nötige Expertise zurückzugreifen. Manche Mitgliedschaften seien auch gewachsen und ein aktiver Austritt könne als Infragestellung des Vereins gedeutet werden. Auch diese Effekte müssen berücksichtigt werden. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sei der Kontakt und Austausch zu den Vereinsmitgliedern, die entsprechende Themen abdecken, besonders wertvoll. Insgesamt hänge an den Mitgliedschaften auch ein großes Netzwerk, von dem profitiert werde.

Zur Kenntnis genommen

TOP 8.

Haushaltsbegleitantrag H-0118/2017 Relaunch Hannover.de (Informationsdrucksache Nr. 2695/2017)

Frau Diers gab an, dass mit dem Haushaltsbegleitantrag darum gebeten wurde, bis zum Sommer 2018 ein Konzept für die Überarbeitung von hannover.de vorzulegen, mit dem Ziel einer größeren Nutzerinnen- und Nutzerfreundlichkeit. Sie ergänzte, dass heute darum gebeten werde, dieses in den Teilhaushalt des Fachbereichs Büro Oberbürgermeister zu übernehmen, da dort das Thema Internetauftritt hauptverantwortlich betreut werde. Insofern werde dann dieser Fachbereich in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Personal und Organisation im Sommer 2018 berichten. Was bisher schon passiert sei, könne nun Herr Möser berichten.

Herr Möser fasste zusammen, dass an hannover.de über die Landeshauptstadt Hannover und die Region Hannover dieser und ein fast inhaltsgleicher Antrag der Regionsversammlung gegangen sei, bis zum Sommer 2018 ein entsprechendes Konzept vorzulegen zur Entwicklung und Verbesserung von hannover.de. Teil der Prüfung sei dabei auch, ob es einen Relaunch geben müsse. Vorgespräche mit der Politik seien geführt worden. Ebenso haben drei Workshops mit unterschiedlichen Nutzerinnen- und Nutzergruppen stattgefunden, nämlich mit jungen Menschen und Auszubildenden der Landeshauptstadt, mit Vertreterinnen und Vertretern aus Rats- und Regionspolitik und mit interessierten Nutzerinnen und Nutzern, die sich bereits am Bürger-Panel beteiligt haben und nach dem Zufallsprinzip angeschrieben und eingeladen worden seien. Es werde laufend weitergearbeitet, sodass im Sinne der Anträge im Sommer 2018 berichtet werden könne.

Ratsherr Gill gab an, dass er selbst an einem Workshop beteiligt war, befürwortete den breiten Querschnitt durch die Nutzerinnen und Nutzer und sei gespannt auf das Ergebnis.

Ratsherr Engelke sagte, dass es in der Vergangenheit mehrfach Gespräche zu dem Thema gegeben habe und er froh sei, dass nun etwas auf den Weg gebracht werde. Insbesondere die Überlegung, dass „normale“ Nutzerinnen und Nutzer mit einbezogen würden, finde er sehr gut. Die Problematik der Startseite von hannover.de sei, dass jede Stelle und jedes Thema gerne auf der Startseite stünde, was natürlich nicht abzubilden sei. Außerdem sei die Kritik, dass man Inhalte schneller über eine Suchmaschine finde, als durch die Internetseite selbst. Er erhoffe sich auch dahingehend gute Lösungen.

Zur Kenntnis genommen

TOP 9.

Haushaltsbegleitantrag H-0120/2017

Elektronische Signatur zur Zeichnung von Anträgen und Anfragen für die Fraktions-, Gruppenvorsitzenden und Einzelvertreterinnen und -vertreter (Informationsdrucksache Nr. 2696/2017)

Herr Kallenberg gab an, dass es zu diesem Antrag gleichlautende Anträge aus einigen Stadtbezirken gegeben habe. Diesen Antrag habe die Verwaltung zum Anlass genommen, zu überprüfen, wie dieses Verfahren und das Ratsinformationssystem CaRa modifiziert werden können. Im Ergebnis werde beabsichtigt, beide Verfahren im Laufe des nächsten Jahres umzusetzen und die elektronische Signatur in das Ratsinformationssystem CaRa zu implementieren. Er gab an, dass dieses Vorhaben bereits in einer Sitzungskommission Stadtbezirksräte vorgestellt wurde und dass geplant sei, auch die Sitzung der CaRa-Arbeitsgruppe im Dezember zu nutzen. Ebenso solle die Arbeitsgruppe Bezirksratsportal im Januar tagen. Bis Mitte 2018 solle dann dieser Haushaltsbegleitantrag mit beiden Komponenten, also der elektronischen Signatur und des Ratsinformationsportals CaRa, umgesetzt sein.

Beigeordneter Machentanz lobte die Verwaltung für die gute Arbeit und gab an, dass er sich freue, dass die Gruppe Die Linke/Piraten auch vertreten sei, obwohl dazu seinerzeit der Antrag abgelehnt wurde.

Ratsherr Gill sagte, dass das Bezirksratsportal wegen seiner sperrigen Zugriffsmöglichkeiten von allen abgelehnt worden sei und sprach sich für eine erneute Aktivierung aus, sobald der Zugriff geregelt sei. Ebenso lobte er die Bestärkung der Bezirksrätinnen und –räte, die dadurch mobil Vieles regeln können und zum Beispiel den Aufwand zur Leistung einer Unterschrift um Einiges minimiert werde.

Herr Markurth gab an, dass er Herrn Kallenberg gerne in die Sitzung der Bezirksbürgermeisterinnen und – bürgermeister am 13.12.2017 einlade, um dort entsprechend zu berichten.

Zur Kenntnis genommen

TOP 10.

Haushaltsbegleitantrag H 0115/2017

Personalgewinnung in technischen und sozialen Berufen (Informationsdrucksache Nr. 2697/2017)

Frau Diers erklärte, dass ausführlich berichtet wurde, was alles unternommen werde, um technischen Personal zu gewinnen. Dabei werde auch deutlich, dass man mit allen Beteiligten sehr früh überlegt habe, wie man vorgehen könne. Von insgesamt 24 Fachbereichen der Landeshauptstadt Hannover seien 14 von dieser Situation betroffen, so zum Beispiel die Feuerwehr, das Rechnungsprüfungsamt und die Zusatzversorgungskasse, neben natürlich den klassischen Bereichen Tiefbau oder Gebäudemanagement. Die Schwierigkeit, die aktuell noch bestehe, liege darin, dass die Stellen häufig im Stellenplan unter Sachbearbeitung gelistet sind und dabei nicht gewusst werde, ob es sich um einen Versorgungsingenieur oder eine Architektin handele. Es gebe zu viele Obergruppen, sodass nicht gezielt geschaut werden könne, wo Bedarf bestehe und dies sei noch gravierender, als im sozialen Bereich bei den Erzieherinnen und Sozialarbeitern. Eine Maßnahme sei daher die gezielte Analyse der Fluktuation und der entsprechenden Stellen, um zu analysieren, in

welchen Bereichen Probleme vorherrschen. Ein Wechsel der Fachrichtungen sei dabei nämlich nicht ohne Weiteres möglich. Nichts desto trotz sei Vieles unternommen worden, um technisches Personal zu gewinnen. So habe man unter hannover.de Vieles eingestellt und ein Anzeigenspecial in der Hannoverischen Allgemeinen Zeitung geschaltet. Es werde weiterhin geprüft, welche Maßnahmen noch angestrebt werden können. Sie wies weiter auf das EURES-Portal und die Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit hin. Es finde jeweils eine enge Kooperation statt, um entsprechend qualifiziertes Personal zu finden.

Ebenso erklärte sie, dass zur Gewinnung von Personal aus dem Ausland bereits Erfahrungen im Bereich Altenpflege bestünden, wobei es sich dort um spanische Pflegekräfte handelte. Hierzu wurde durch eine Vermittlungsagentur eine Kompetenzanalyse und ein Testverfahren durchgeführt, auch in Hinblick auf Sprachkenntnisse und die Bereitschaft in ein anderes Land zu ziehen. Im Ergebnis wurden vier Kräfte gewonnen, wobei zwei von ihnen heute noch beschäftigt seien. Dies zeige allerdings auch, dass es ein sehr komplexes, aufwendiges und langwieriges Verfahren sei und nicht alltagstauglich zur Personalgewinnung für die Landeshauptstadt Hannover, sondern eher in den Ausnahmefällen greifen solle, in denen andere Maßnahmen nicht mehr zum Erfolg führen.

Letztlich gab sie zur Personalgewinnung im Jugend- und Sozialbereich an, dass dort Praktika nun vermehrt in die Ausbildung integriert würden, als auch insgesamt Durchlässigkeit geschaffen werde, sodass Menschen mit anderen Qualifikationen entsprechend beruflich unterstützt und später eingesetzt werden können. Als Beispiel gab sie den Unterschied zwischen Erzieherinnen und Sozialarbeiterinnen an. Dieser Bericht stelle im Ergebnis keinen Abschlussbericht dar, sondern es sei beabsichtigt, regelmäßig zu berichten, wie es sicher auch im Interesse des Organisations- und Personalausschuss sei.

Ratsherr Engelke gab an, dass die Verwaltung ja bereits sehr viel unternehme. Er erinnere sich, dass vor knapp drei Jahren etwas Ähnliches im Ausland im Bereich Handwerk durchgeführt und dort ähnliche Ergebnisse erzielt wurden. Sprachprobleme seien dabei nie das Problem gewesen. Im technischen Bereich handele es sich seiner Meinung nach eher um das Problem der Tarifstruktur. Der Arbeitsplatz bei der Landeshauptstadt Hannover sei zwar sicher, aber finanziell nicht zu vergleichen mit anderen privatwirtschaftlichen Anbietern. Womöglich müsse sich eher tariflich dahingehend etwas ändern. Weiter stellte er die Frage, wie es sich mit der Werbung von jungen Menschen an Schulen und Universität verhalte.

Frau Diers gab an, dass dies auch ein Thema der übergreifenden Arbeitsgruppe war. Dort sei geschaut worden, wo gezielt Ausbildungsmarketing betrieben werde solle, wobei festgestellt wurde, dass dies schon gut ausgereift sei, mindestens im Verwaltungsbereich. Es sei festgestellt worden, dass in einigen Bereichen auch durch Dozentinnen und Dozenten die Möglichkeit der Bindung hergestellt werden könne. Insgesamt könne das Marketing in Hinblick auf die Präsenz an Schulen und Hochschulen für alle Berufe ausgebaut werden, was auch zukünftig systematisch geplant werde.

Frau Stadträtin Rzycki ergänzte, dass mit vielen Schulen und Hochschulen betriebliche Partnerschaften bestünden und dass geplant sei, vermehrt die praktische Orientierung in die Aktivität mit einzubringen.

Ratsfrau Klingenburg-Pülm gab an, dass sich die Erneuerung und Sanierung insbesondere durch fehlende Versorgungsingenieuren an Schulen und anderen Gebäuden als mühsam ergeben habe. Insofern hoffe sie durch die vielen Aktivitäten auf entsprechende Verbesserungen in diesen Bereichen.

Herr Gill wies darauf hin, dass bereits vor einiger Zeit darüber gesprochen wurde, wie die Attraktivität dieser Berufe gesteigert werden können und dass dabei der Tarif eine

entscheidende Rolle spielen und der Einbezug weiterer Berufe, insbesondere im Rahmen dualer Studiengänge zu prüfen sei.

Frau Diers erwiderte, dass zur Überlegung über den Ausbau weiterer dualer Studiengänge ein konkretes Ergebnis mit dem Protokoll nachgereicht werde.

Anmerkung der Verwaltung: Aktuell werden die dualen Studiengänge zum Bachelor "Allgemeine Verwaltung" und "Wirtschaftsinformatik" angeboten. Für die technischen und sozialen Berufe bietet die Landeshauptstadt Hannover berufsbegleitende Studiengänge und Qualifizierungen an. Im technischen Bereich wird derzeit geprüft, ob das Angebot "Verwaltungsinformatik" realisierbar sei, in den sozialen Berufen prüft man die mögliche Umsetzung des dualen Studiums "Soziale Arbeit". Eine abschließende Meinungsbildung ist noch nicht erfolgt.

Ratsherr Engelke gab an, dass es mit der Neueinstellung ja nicht getan sei, sondern die neuen Beschäftigten ja auch entsprechend gut eingearbeitet werden müssen. Weiter erklärte er, dass die Stadtentwässerung sehr sympathisch Werbung erzielt habe, indem sie die Auszubildenden für kleine Filmsequenzen mit einbezogen habe. In diesem Zusammenhang solle überlegt werden, ob man nicht im Kino Werbung machen könne, da dort auch viele junge Menschen hingehen würden.

Frau Diers erklärte, dass dies überlegt werde. Das Land Niedersachsen habe den Studiengang Verwaltungsinformatik auch im Kino beworben und das wolle man auch anstreben.

Zur Kenntnis genommen

TOP 11.

2. Ergebnisbericht 2017 des Fachbereichs Personal und Organisation sowie des Fachbereichs Feuerwehr (Informationsdrucksache Nr. 2605/2017 mit 2 Anlagen)

Ratsherr Pohl bat an dieser Stelle darum, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zum Sachstand des Neubaus der Feuer- und Rettungswache 1 berichtet werde.

Zur Kenntnis genommen

TOP 12.

Bericht über die Prognose zum Personalaufwand 2017 (Informationsdrucksache Nr. 2735/2017 mit 1 Anlage)

Frau Diers gab an, dass die Entwicklung weitergehe und es sich weiterhin um ein erfreuliches Ergebnis handle, in dem Personalkosten in Höhe von 2% eingespart würden. Es sei absehbar, dass zum Dezember eine weitere Veränderung stattfinden werde. Hauptanlass seien weiterhin freie Stellen, was in vielen Fällen natürlich zu einer Arbeitsverdichtung führe.

Zur Kenntnis genommen

Für die Niederschrift

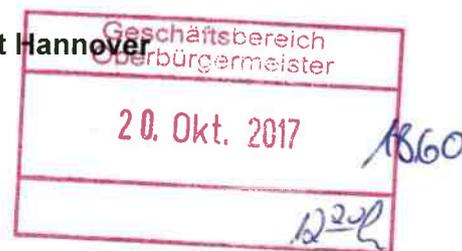
Rzyski

Lüders

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Landeshauptstadt Hannover

FDP-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover



In den

- Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung
- Sozialausschuss
- Jugendhilfeausschuss
- Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
- Internationalen Ausschuss
- Kulturausschuss
- Gleichstellungsausschuss
- Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten
- Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
- Schul- und Bildungsausschuss
- Sportausschuss
- Ausschuss für Angelegenheiten des Geschäftsbereichs des Oberbürgermeisters
- Organisations- und Personalausschuss
- Verwaltungsausschuss

In die Ratsversammlung

20.10.2017

Antrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

Modernisierung der Zuwendungen und Optimierung des Controllings

zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Zuwendungswesen zu modernisieren. Übergeordnete Ziele der Modernisierung sind die auskömmliche Förderung der Freien Träger zur Erbringung der gewünschten Leistungen, der Erhalt der Trägervielfalt, wobei kleinere Träger nicht benachteiligt werden sollten, und der möglichst effiziente, passgenaue Einsatz der kommunalen Mittel zur Erreichung der präventiven, sozialen, kulturellen und integrativen Aufgaben innerhalb der Stadtgesellschaft. Das hierfür zu erarbeitende Konzept soll den Ausschüssen und dem Rat zur Beschlussfassung spätestens vor der Sommerpause 2018 vorgelegt werden. Folgendes soll in diesem Konzept berücksichtigt werden:

1. Das Zuwendungswesen soll **vereinfacht** werden, z.B. durch eine Online-Abgabe und digitale Verarbeitung der Zuwendungsanträge der Freien Träger.
2. Das Zuwendungswesen soll **transparenter** werden, z.B. durch ein verbessertes Reporting und Controlling der Anträge und der dahinterstehenden erbrachten Zuwendungszwecken und deren Erfüllung. Grundsätzlich darf dies aber nicht zulasten der Trägervielfalt gehen und soll kleinere Träger nicht benachteiligen.

Um dies zu erreichen, sind in den Fachbereichen, gegebenenfalls schrittweise, entsprechende **Zuwendungszwecke und Förderkriterien** im Austausch mit den Trägern zu erarbeiten und den Ratsgremien vorzulegen. Dies bedeutet auch, dass einheitliche Richtlinien und Beratungsleitfäden in den Fachbereichen selbst in Bezug auf die Beratung der Träger und der Bewilligung der Anträge erarbeitet werden müssen. Zudem soll das Zuwendungscontrolling Informationen über Anträge,

Bewilligungen bzw. Ablehnungen und ihre jeweiligen Begründungen sowie über Verwendungsnachweise und Berichte darstellen.

Außerdem soll eine klare Aufschlüsselung nach Sach- und Personalkosten sowie eine einheitliche und verbindliche Unterscheidung zwischen institutioneller Förderung und Projektförderung erfolgen. Des Weiteren soll dargestellt werden, ob und ggf. in welcher Höhe und wie lange Dritte das jeweilige Vorhaben fördern.

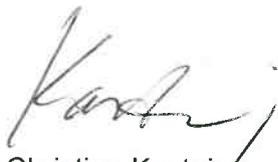
Dargestellt werden sollen auch, welche Schwerpunkte entsprechend aktuellen stadtweiten oder stadtteilbezogenen Erfordernissen gesetzt werden.

Darüber hinaus sollen auch die bestehenden Sammeltöpfe in das unterjährige Controlling einbezogen werden. Hier soll analog zu den Zuwendungsvergaben im Rahmen des Haushalts ein Controlling etabliert werden, das die gleichen Informationen bereithält wie das reguläre Zuwendungscontrolling. Auch sollte der Mittelabfluss dargestellt werden.

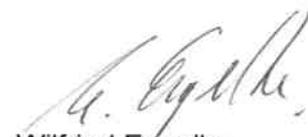
3. Das Zuwendungsverzeichnis soll so umgestaltet werden, dass klarer erkennbar wird, in welcher Höhe Zuwendungen tatsächlich an Freie Träger im Sinne der Daseinsvorsorge erfolgen und in welcher Höhe freiwillige Leistungen im Bereich der präventiven, sozialen und kulturellen Arbeit verausgabt werden.
4. Die Aufgaben, die Freien Träger übertragen werden, sollen **auskömmlich** und **bedarfsgerecht** finanziert werden. Dies wird durch eine einheitliche Beschreibung der Zweckungszwecke seitens der Verwaltung und die standardisierten Reportingtools für die Träger möglich. Die Zuwendungen sollen zudem mehr **Planungssicherheit** bieten.
5. Die Zuwendungsempfänger sollen verpflichtet werden, in ihrer Öffentlichkeitsarbeit darauf hinzuweisen, dass die Stadt an der Finanzierung des **Projektes/der Institution** beteiligt ist.

Begründung:

Die Stadt Hannover vergibt im Zuwendungsbereich mehr als 80 Mio. Euro – davon waren in 2017 ca. 46 Mio. Euro freiwillige Leistungen. Die Finanzierung der Leistungen Freier Träger ist zur Prävention, Hilfe und Unterstützung von Personen in schwierigen Lebenslagen, zur Kulturvermittlung, für Bildungsprozesse und vieles mehr unabdingbar für eine solidarische, lebendige und vielfältige Stadtgesellschaft.

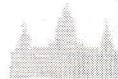

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende


Norbert Gast
Stv. Fraktionsvorsitzender


Wilfried Engelke
Fraktionsvorsitzender

| |
|--|
| Geschäftsbereich Obortbürgermeister |
| 25. Okt. 2017 |
| AU:OSH |

1860

**CDU**RATSFRAKTION
HANNOVER

In den Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung
In den Organisations- und Personalausschuss
In den Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation
(Internationaler Ausschuss)
In den Gleichstellungsausschuss
In den Sozialausschuss
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

24. Oktober 2017

Antrag gem. der Geschäftsordnung des
Rates der Landeshauptstadt Hannover

**Umwidmung der „Stelle für Demokratiestärkung und gegen
Rechtsextremismus“**

Antrag zu beschließen:

1. Die städtische „Stelle für Demokratiestärkung und gegen Rechtsextremismus“ (SDR), OE 50.60 wird in „Stelle für Demokratiestärkung und gegen Extremismus“ umbenannt.
2. Entsprechend der dann gültigen Benennung liegt der Fokus der Arbeit der Stelle nicht mehr ausschließlich in der Bekämpfung des Rechtsextremismus, sondern in der Bekämpfung von politischem und religiösem Extremismus jeglicher Ausrichtung.

Begründung:

Wie spätestens seit den Vorfällen beim diesjährigen G20 Gipfel in Hamburg bekannt ist, geht von der linksextremen Szene – ebenso wie vom Rechtsextremismus – eine erhebliche Gefahr aus. Außerordentliche Gewaltbereitschaft ist auch im linksextremen Spektrum nicht selten. Es ist dementsprechend notwendig, dass sich die Stadt auch des Linksextremismus annimmt und diesen bekämpft.

Vor diesem Hintergrund hat die CDU-Ratsfraktion eine Anfrage zum Umgang mit der linksextremen Szene in Hannover (DS Nr. 1739/2017) in der Ratssitzung vom 24.08.2017 eingebracht. Die erste Frage dieser Anfrage – „Welche Präventionsprogramme unterhält oder plant die Stadtverwaltung, analog zu den richtigen und notwendigen Maßnahmen gegen Rechtsextreme, zur Bekämpfung der linksextremen Szene?“ – hat die Stadtverwaltung unter anderem mit einem Verweis auf die „Stelle für Demokratiestärkung und gegen Rechtsextremismus“ (SDR) beantwortet und auf die verschiedenen Kampagnen, Projekte und

Fraktion der Christlich-Demokratischen Union im Rat der Landeshauptstadt Hannover

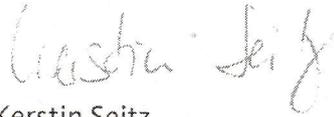
Vorsitzender: Jens Seidel

Osterstraße 60 Telefon (0511) 168-4 55 28 e-mail: cdu@hannover-stadt.de

30159 Hannover Telefax (0511) 168-4 50 51 Internet: www.cdu-hannover.de

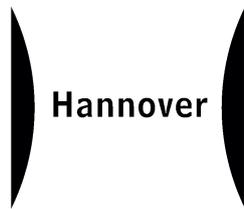
Veranstaltungen der SDR zur Bekämpfung des Rechtsextremismus durch Demokratiestärkung hingewiesen. Dieser Antwort ist nicht zu entnehmen, dass die Stadtverwaltung die Aufgabe der SDR auch in der Eindämmung der linksextremen Szene sieht. Dementsprechend ist es zwingend notwendig, dass sowohl die Namensgebung, als auch der Fokus der Arbeit der SDR erweitert wird.

Nicht nur der politische, sondern auch der religiöse Extremismus hat in den letzten Jahren an Brisanz gewonnen. Tagtäglich wird in den Medien über religiös-extremistisch motivierte Angriffe berichtet. Hannover ist hier keine Ausnahme und vor diesem Hintergrund in der Pflicht, auch gegen religiösen Extremismus mit präventiven Mitteln vorzugehen.



Kerstin Seitz
stellv. Vorsitzende

Landeshauptstadt



Beschluss-
drucksache

b

1. In den Organisations- und Personalausschuss
2. In den Verwaltungsausschuss
3. In die Ratsversammlung

Nr. 2649/2017

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Ernennung eines Ehrenbeamten der Freiwilligen Feuerwehr

Antrag,

zu beschließen, unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter für die Dauer von 6 Jahren

Herrn Michael Sander, Freiwillige Feuerwehr Buchholz,

zum Ortsbrandmeister

zu ernennen, sofern die persönlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Begründung des Antrages

Nach § 13 des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes und § 5 der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Landeshauptstadt Hannover sind die Ortsbrandmeisterinnen/Ortsbrandmeister und deren Stellvertreterinnen/Stellvertreter in das Ehrenbeamtenverhältnis zu berufen.

Der Vorschlag zur Ernennung der Ortsbrandmeisterin/des Ortsbrandmeister und der stellvertretenden Ortsbrandmeisterin/stellvertretenden Ortsbrandmeisters wird von der Mehrheit der in einer hierzu einberufenen Versammlung anwesenden aktiven Mitglieder der jeweiligen Ortsfeuerwehr abgegeben. Über die Ernennung beschließt der Rat nach Anhörung der Leiterin/des Leiters der Berufsfeuerwehr. Dieser hat bereits zugestimmt.

Wir bitten, wie beantragt zu beschließen.

Kostentabelle

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

18.21

Hannover / 01.11.2017

Landeshauptstadt

Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Kulturausschuss
In den Organisations- und Personalausschuss
In den Ausschuss für Haushalt Finanzen und
Rechnungsprüfung
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

Nr. 2452/2017

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Finanzbudget für das Kulturhauptstadtbüro 2025

Antrag,

auf Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Aufwendung für die Vorbereitung einer Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas 2025 in Höhe von 390.000 € gemäß § 117 NKomVG mit Deckung durch zentrale Personalminderaufwendungen im Produkt 11105 im TH 18.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Gender Aspekte sind nicht berührt.

Kostentabelle

Darüberhinaus erfolgt die Finanzierung des neu eingerichteten Produkts 28105 Kulturhauptstadtbüro 2025 im Rahmen der Deckungsfähigkeit innerhalb des Teilhaushalts 41 aus außerordentlichen Erträgen im Produkt Musikschule in Höhe von 40.000 € und aus zusätzlich freigegebenen Ansatzmitteln im Produkt Bildungsnetzwerke in Höhe von 50.000 €.

Begründung des Antrages

Mit Beschluss des Rates vom 16.06.16 (DS 0508/2016) wurde das Stadtentwicklungskonzept „Mein Hannover 2030“ beschlossen. Eines der darin benannten Referenzprojekte ist eine Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas 2025. Die Verwaltung richtete daraufhin ein internes Bewerbungsbüro zur Vorbereitung einer Bewerbung um den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2025“ ein, die Federführung für den Umsetzungsprozess liegt beim Kultur- und Personaldezernat.

Das Kulturhauptstadtbüro leitet und verantwortet den internen Prozess und ist untergliedert in Leitung, Projektmanagement, Geschäftsstelle und Sekretariat. Von dort aus sind die notwendigen Strukturen im Sinne der Aufbau- und Ablauforganisation der LI-IH zu schaffen

und die benötigten Ressourcen bereit zu stellen. Zur Sicherstellung der unmittelbaren Handlungsfähigkeit des Kulturhauptstadtbüros, betreffend den Start des Bewerbungs- und Beteiligungsprozesses, bedarf es zunächst der Bereitstellung der beantragten finanziellen Ausstattung in Form von außerplanmäßigen Aufwendungen.

Diese sind unabweisbar, weil Ausgaben für die Vorbereitung einer Bewerbung um den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2025“ u.a. in den Bereichen externe Beratung, Dienstleistungen und Öffentlichkeitsarbeit notwendig sind, die Vorbereitung für eine Bewerbung von der Dezernentenkonferenz am 24.05.2017 beschlossen wurde und kein Mittelansatz im Doppelhaushalt 2017/2018 vorhanden ist. Die Deckung ist durch zentrale Personalminderaufwendungen im TH 18, Produkt 11105 gewährleistet.

Voraussichtlich werden in einer, den Start des Bewerbungs- und Beteiligungsprozesses betreffenden Beschlussdrucksache weitergehende konkretere Ressourcenbedarfe benannt und zur Entscheidung vorgeschlagen.

Dez. I
Hannover / 11.10.2017

Landeshauptstadt

Hannover

Informations-
drucksache

In den Organisations- und Personalausschuss

Nr. 2693/2017

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Haushaltsbegleitantrag zur Drucksache 2040/2013 Inklusion als Modul in der Führungskräftequalifizierung

Ausgangslage

Mit Beschluss des Haushaltsplans 2014 hat der Rat der Landeshauptstadt Hannover auch über folgenden Haushaltsbegleitantrag beschlossen:

Führungskräfte der Stadtverwaltung werden im Rahmen des Aktionsplans „Hannover auf dem Weg zur inklusiven Stadt“ für das Thema sensibilisiert. Zu diesem Zweck wird das Schulungsprogramm „Führungskräftequalifizierung“ um ein Modul „Inklusion“ erweitert, das auf die Entwicklung der persönlichen, sozialen und methodischen Kompetenzen im Umgang mit dem Thema Inklusion zielt und für die unterschiedlichen Führungsebenen auf eine praxisnahe Unterstützung der Führungskräfte durch Stärkung und Erweiterung des für den Führungsprozess wichtigen Fachwissens setzt.

Begründung

UN-Behindertenrechtskonvention hat zum Ziel, die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen mit und ohne Behinderung am gesellschaftlichen Leben zu verwirklichen. Dies muss sich auch im Handeln einer großen Verwaltung wie der Stadtverwaltung Hannover widerspiegeln, in dem die Erfordernisse eines differenzierten Umgangs mit den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderung selbstverständlich werden.

Damit die Chancengleichheit für alle Menschen mit und ohne Behinderung in allen gesellschaftlichen Bereichen gewährleistet werden kann, ist es darüber hinaus konsequent, alle Maßnahmen analog zu der Überprüfung des Gender Aspekts, zu überprüfen, ob sie der Zielsetzungen der Inklusion dienen und insbesondere die Ebene der Führungskräfte der Verwaltung für das Thema zu Schulen.

Umsetzung

Die Landeshauptstadt Hannover bietet seit 1999 mit der Führungskräfteentwicklung ein Qualifizierungsprogramm für Führungskräfte aller Führungsebenen an. Neben der Unterstützung der Weiterentwicklung der Führungskompetenz werden auch übergreifende Themen, so unter anderem Diversity, Interkulturelle Öffnung und Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG), aufgegriffen. Seit 2015 wird in diesem Zusammenhang auch das Thema Inklusion im Rahmen der Führungskräfteentwicklung bearbeitet.

Grundlage hierfür ist die von der Koordinationsstelle Inklusion in Zusammenarbeit mit der Beauftragten für Menschen mit Behinderung entwickelte Handlungshilfe „Inklusion – eine Querschnittsaufgabe der Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Hannover, Information für Führungskräfte“. Diese wird im Rahmen der Führungskräftequalifizierung eingeführt. Neben Erläuterungen zu den gesetzlichen Grundlagen wird auch Fachwissen vermittelt. Weiterhin wird insbesondere der Praxisbezug zur Führungsaufgabe hergestellt und die Einbindung in den Kontext Arbeitgeberin sichergestellt.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Gender-Aspekte werden in der Führungskräfteentwicklung und damit auch beim Thema Inklusion berücksichtigt.

Kostentabelle

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

18
Hannover / 02.11.2017

Landeshauptstadt



Informations-
drucksache



In den Organisations- und Personalausschuss

Nr. 2694/2017

Anzahl der Anlagen 1

Zu TOP

Überprüfung der Erforderlichkeit der Vereinsmitgliedschaften der Landeshauptstadt Hannover (Haushaltsbegleitantrag H- 0117/2017)

Die Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover (LHH) hat, gemäß Ratsauftrag, die Mitgliedschaften der LHH in den rund 130 Vereinen dahingehend überprüft, ob diese noch erforderlich sind.

Hierzu wurden die Dezernate aufgefordert, eine entsprechend kritische Prüfung vorzunehmen. Im Zuge dessen wurde die ursprüngliche Vereinsliste einer Qualitätssicherung unterzogen und entsprechende Korrekturen vorgenommen.

Die beiliegende Anlage weist die entsprechend überarbeitete Vereinsliste aus.

Die Ausgangsliste, die an die Dezernate versendet wurde, wies 129 Vereinsmitgliedschaften auf. Davon wurde eine Mitgliedschaft auf Grund einer Dopplung gestrichen. Die Dezernate haben 22 Mitgliedschaften gemeldet, welche zuvor nicht in der Liste berücksichtigt wurden, jedoch bereits bestanden haben. Fünf Mitgliedschaften wurden oder werden gekündigt, was eine Ersparnis von 404,60 € erbringt.

Nach Überprüfung durch die Dezernate hält die LHH an der Mitgliedschaft in 145 Vereinen fest und entrichtet hierfür Jahresbeiträge in Höhe von insgesamt 486.710,28 €.

Im Rahmen der Rückmeldungen haben die Fachbereiche die Möglichkeit genutzt, auf den Sinn und Zweck von Vereinsmitgliedschaften hinzuweisen. Diese bilden einen wichtigen Baustein in der Informationsgewinnung und der Pflege bestehender sowie der Knüpfung neuer Kontakte und der Bildung von Netzwerken für die Landeshauptstadt Hannover. Aufgrund der Bestimmungen des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) ist es notwendig, über Abschlüsse bzw. Kündigungen von Mitgliedschaften einen förmlichen Ratsbeschluss herbeizuführen.

Analyse

Das Ergebnis der aktuellen Umfrage ist in der Anlage (Stand: August 2017) abgebildet. Die mitgliedschaftsbezogenen Ausgaben aller zur Zeit bestehenden 145 Vereinsmitgliedschaften betragen in der Gesamtsumme 486.710,28 €.

| Mitgliedsbeitrag | Anzahl | Summe | Anteil Gesamtsumme | Anteil Gesamtanzahl |
|-------------------------|---------------|---------------------|---------------------------|----------------------------|
| ≥ 20.000 € | 1 | 326.302,28 € | 67,04% | 0,69% |
| ≥ 10.000 € | 5 | 74.016,04 € | 15,21% | 3,45% |
| ≥ 1.000 € | 25 | 66.329,27 € | 13,63% | 17,24% |
| ≥ 500 € | 9 | 5.503,00 € | 1,13% | 6,21% |
| ≥ 100 € | 58 | 12.714,20 € | 2,61% | 40,00% |
| ≥ 0 € | 47 | 1.845,49 € | 0,38% | 32,41% |
| Summe Gesamt | 145 | 486.710,28 € | 100% | 100% |

Nachfolgend gehen wir auf die Vereine mit Mitgliedsbeiträgen ab 10.000 € näher ein. Diesem Kriterium sind sechs Mitgliedschaften zuzuordnen, die zusammen einen Anteil von 82,25 % der Mitgliedsbeiträge umfassen.

Der Mitgliedsbeitrag des Niedersächsische Studieninstitut für kommunale Verwaltung e.V. (NSI) beläuft sich auf eine Höhe von 326.302,28 €. Dies entspricht bereits 67,04 % des Gesamtbetrages der Mitgliedsbeiträge.

Das NSI ist der zentrale Bildungsträger der Kommunen in Niedersachsen. Im Rahmen der Ausbildung sowie der Fort- und Weiterbildung bei der Landeshauptstadt Hannover besuchen die Teilnehmer/-innen die Kurse des NSI, um dort die wissenschaftlich-theoretischen Grundlagen für ihre berufliche Tätigkeit zu erhalten und die vorgeschriebenen Prüfungen, die zur Berechtigung der jeweiligen Laufbahn Voraussetzung sind, abzulegen. Hierbei hervorzuheben sind die Angestelltenlehrgänge I und II, der Studiengang Verwaltungsfachwirt/-in, sowie der Bachelorstudiengang.

An den Landesverband der Volkshochschulen e.V. sind 17.500 € (3,59 % Anteil an der Gesamtsumme) Mitgliedbeitrag zu entrichten. Der Landesverband der Volkshochschulen e.V. ist als Dachorganisation der Zusammenschluss der 57 niedersächsischen Volkshochschulen in Niedersachsen sowie der Heimvolkshochschule Europahaus Aurich. Der Landesverband unterstützt, fördert und begleitet Volkshochschulen in ihrer Arbeit. Weiter begleitet und berät der Landesverband die niedersächsischen Volkshochschulen bei

ihrer ständigen Qualitätssicherung und –verbesserung.

Der Mitgliedsbeitrag an den Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. beläuft sich auf 17.322,00 € (3,55 % Anteil an der Gesamtsumme). In diesem Verband, welcher als e.V. organisiert ist, sind rund 600 Unternehmen des Öffentlichen Personenverkehrs und des Schienengüterverkehrs in Deutschland organisiert. Der Verband bietet den Mitgliedsunternehmen sowie der Politik Beratung sowie eine Plattform zum Erfahrungsaustausch. Des Weiteren werden dort technische, betriebliche, rechtliche und wirtschaftliche Grundsätze erarbeitet.

Der Verband Kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) ist mit 14.380,04 € (2,95 % Anteil an der Gesamtsumme) in der Vereinsliste aufgeführt. Der Verband ist die Interessenvertretung der kommunalen Versorgungs- und Entsorgungswirtschaft. Im VKU sind insgesamt 1.458 Unternehmen organisiert. Der Verband berät und unterstützt seine Mitglieder mit diversen Dienstleistungsangeboten. Des Weiteren vertritt er die Interessen der kommunalen Unternehmen und beteiligt sich an der politischen Willensbildung und Gesetzgebung.

Die Mitgliedschaft bei Vitako, der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V., beläuft sich jährlich auf 13.000,00 € (2,67 % Anteil an der Gesamtsumme). Vitako ist ein Software- und IT-Serviceunternehmen, welches den Mitgliedsunternehmen beratend zur Seite steht. Des Weiteren werden auch in diesem Verein die Interessen der Kommunen gegenüber der Politik einheitlich vertreten. Bei Vitako werden die Kompetenzen der Mitglieder gebündelt und sollen dadurch auch erweitert werden. Dem Verein geht es auch darum, die Rolle der kommunalen IT-Dienstleister als Mitgestalter des digitalen Wandels zu stärken und auf die rechtlichen sowie technisch-organisatorischen Rahmenbedingungen Einfluss zu nehmen. Diese Rolle und die daraus resultierenden Forderungen zu positionieren, ist die Aufgabe des Verbandes.

An die Arbeitsgemeinschaft kommunaler und kirchlicher Altersversorgung e.V. (AKA) sind jährlich 11.814,00 € (2,42 % Anteil an der Gesamtsumme) zu entrichten. Die AKA ist ein Zusammenschluss der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen und kirchlichen Zusatzversorgungskassen und der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Versorgungskassen. Aufgabe der AKA ist es, eine gleichmäßige Durchführung der kommunalen Altersvorsorge der Arbeitnehmer und Beamten sicherzustellen. Die AKA unterstützt die Kommunen durch Dienstleistungen wie die Beratung der Mitglieder, die Abgabe von Stellungnahmen und Vorschlägen zu Gesetzen und sonstigen Vorschriften, die Beratung von gesetzgebenden Körperschaften, Tarifvertragsparteien und Behörden, die Förderung des Erfahrungsaustausches von Altersversorgungseinrichtungen einschließlich der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder und die Zusammenarbeit mit anderen Verbänden auf dem Gebiet der Altersversorgung.

Fazit

Durch die vorgenannte Prüfung identifiziert die Stadtverwaltung jene Mitgliedschaften, deren Fortbestand nicht zwingend erforderlich ist und gibt diese auf. Eine jährliche Überprüfung der städtischen Mitgliedschaften erfolgt auch weiterhin. Ein darüber hinausgehender Handlungsbedarf ergibt sich zur Zeit nicht.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Gender-Aspekte werden in dieser Informationsdrucksache nicht berührt.

Kostentabelle

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

18

Hannover / 25.08.2017

Vereinsmitgliedschaften der Stadtverwaltung Hannover -
Stand 17. August 2017
(ADA 02/8)

| <u>Nr.</u> | <u>Name und Anschrift</u> | <u>OE</u> | <u>Jahressumme</u> | <u>Form der Vertretung</u> | <u>Bemerkungen</u> |
|------------|--|--------------|--------------------|--|---|
| 1 | civilia e.V. | Dez. I | 0,00 € | Vernetzung der Führungskräfte aus Wirtschaft, Verwaltung, Kunst, Kultur und Soziales | Nachmeldung/ Verein finanziert sich über Teilnehmergebühren und Spendengelder |
| 2 | Fachverband der Kämmerer in Nds. e.V., Schlossplatz 1, 49584 Fürstenau | Dez. II | 20,00 € | Plattform für fachlichen Austausch | |
| 3 | Vernetzungsstelle für Gleichberechtigung, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Sodenstraße 2, 30161 Hannover | GB | 103,00 € | passive Mitgliedschaft / fachlicher Austausch / Teilnahme an Fortbildungen | |
| 4 | Presseclub Hannover e.V., Theaterstraße 1, 30159 Hannover | 15.30 | 110,00 € | Vertreter in der Mitgliederversammlung | |
| 5 | Arbeitsgemeinschaft kommunaler und kirchlicher Altersversorgung e.V.(AKA), Denninger Straße 37, 81925 München | 16.1 | 11.814,00 € | Geschäftsführerin / Stellvertr. Geschäftsführer | |
| 6 | Haus u. Grundeigentum e.V. Hannover, Theaterstraße 2, 30159 Hannover | 16.22 | 381,00 € | Geschäftsführerin / Kfm. Leiter | |
| 7 | Verband Deutscher Städtestatistiker | 18.04 | 120,00 € | Mitarbeit in Arbeitsgruppen | |
| 8 | DEHOGA Niedersachsen e.V. | 18.05 | 1.580,60 € | Teilnahme an Fachvorträgen, Erfahrungsaustauschen und Veranstaltungen | |
| 9 | Niedersächsisches Studieninstitut, Wielandstraße 8, 30169 Hannover | 18.15 | 326.302,28 € | Dezernent Härke ist Mitglied im Vorstand / Beteiligung an Fachvorträgen, Erfahrungsaustauschen und Veranstaltungen | Beitrag richtet sich nach Einwohnerzahl der Kommune |
| 10 | VHW - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. Sextrostraße 3-5, 30169 Hannover | 18.15 | 770,00 € | Beteiligung an Fachvorträgen, Erfahrungsaustauschen und Veranstaltungen | |
| 11 | Leibnizakademie, Expo-Plaza 11, 30539 Hannover | 18.2 | 1.000,00 € | Vertreter in der Mitgliederversammlung | |
| 12 | Anwendervereinigung für DV-gestützte Personaleinsatzplanung e.V. | 18.2 | 180,00 € | Vertreter in der Anwenderversammlung | |
| 13 | Deutsche Gesellschaft für Personalwesen, Stammestraße 40 d, 30459 Hannover | 18.25 | 1.534,00 € | Mitglied des Vorstands | |
| 14 | Verband deutscher Sicherheitsingenieure, Albert-Schweitzer-Allee 33, 65203 Wiesbaden | 18.3 | 264,00 € | Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen; Besuch von Fachveranstaltungen, Tagungen | |
| 15 | Verband deutscher Betriebs- und Werksärzte, Friedrich-Eberle-Straße 4a, 76227 Karlsruhe | 18.3 | 280,00 € | Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen; Besuch von Fachveranstaltungen, Tagungen | |
| 16 | Vitako - Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen, IT-Dienstleister e.V., Markgrafenstraße 22, 10117 Berlin | 18.5 | 13.000,00 € | Dezernent Härke ist Vertreter in der Mitgliederversammlung, Besuch von Fachveranstaltungen, Erfahrungsaustausch | |
| 17 | itSMF Deutschland e.V. | 18.5 | 375,00 € | Anwenderorganisation zu den Themen IT Servicemanagement/ITIL/Best Management Practices | Nachmeldung |
| 18 | DSAG e.V. Deutschsprachige SAP Anwendergruppe e.V., Altrottstraße 34a, 69190 Walldorf | 18.51 | 500,00 € | Besuch von Fachveranstaltungen, Tagungen, Erfahrungsaustausch | |
| 19 | FOKUS e.V. Mittelweg 12, 90556 Cadolzburg | 18.52.4 | 230,00 € | Besuch von Fachveranstaltungen, Erfahrungsaustausch | |
| 20 | Deutscher Verband für Facility Management e.V. (GEFMA), Dottendorfer Straße 86, 53129 Bonn | 19 | 300,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 21 | Fachverband der Komm. Kassenverwalter, Michael Schröder, Emmerstraße 9, 32676 Lügde | 20.01 | 50,00 € | fachlicher Austausch | |
| 22 | Gesundheitswirtschaft Hannover e.V., Vahrenwalder Str. 7, 30165 Hannover | 23.3/ 57/ 83 | 2.975,00 € | keine Funktion, Mitglied und Projektarbeit | |
| 23 | DVS Deutscher Verband für Schweißen u. verwandte Verfahren e.V., Aachener Straße 172, 40223 Düsseldorf | 23.31 | 239,00 € | keine Funktion | |
| 24 | Bund deutscher Schiedsmänner/frauen e.V., Postfach 100452, 44704 Bochum | 30.2 | 73,00 € | passive Mitgliedschaft | |

| Nr. | Name und Anschrift | OE | Jahressumme | Form der Vertretung | Bemerkungen |
|------------|--|------------|--------------------|---|---|
| 25 | Landesfachverband der Landesbeamten Niedersachsen e.V., Max-Born-Ring 2, 37077 Göttingen | 32.31 | 150,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 26 | Feuerwehrverband Region Hannover e.V. Bredenbeck, Lilienstraße 4 B, 30974 Wennigsen BF + OFW | 37 | 4.227,80 € | stellvertr. Vorsitzender | |
| 27 | Fahrlehrerverband Niedersachsen e.V., Karlsruher Straße 48 A, 30880 Laatzen | 37 | 288,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 28 | Verein zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e.V., Postfach 1231, 48341 Altenberge | 37 | 130,00 € | Mitglied des Präsidiums | |
| 29 | Verein zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e.V., Postfach 1231, 48341 Altenberge, Feuerwehrmuseum | 37 | 30,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 30 | Deutsche Feuerwehr-Sportföderation e.V., Geschäftsstelle DFS e.V., Eibenweg 7, 42651 Solingen | 37 | 366,85 € | passive Mitgliedschaft | |
| 31 | Bundesverband Deutscher Stiftungen, Mauerstraße 93, 10117 Berlin | 40.05 | 400,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 32 | Verband anerkannter Umweltbildungseinrichtungen Niedersachsen e.V. | 40.4 | 0,00 € | Vorstandsmitglied | Beitrag über 50 € trägt Förderverein des Schulbiologiezentrums |
| 33 | Imkerverein Hannover-Linden-Land, Lessingstraße 11, 30457 Hannover | 40.4 | 49,56 € | Ansprechpartnerin im Verein | |
| 34 | Internationaler Arbeitskreis Sonnenberg, Gesellschaft zur Förderung internationaler Zusammenarbeit e.V., Bankplatz 8, 38100 Braunschweig | 41.0 | 650,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 35 | Freunde und Förderer des Leo-Baeck-Instituts e.V., Liebigstraße 24, 60323 Frankfurt | 41.0 | 500,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 36 | Kestneregesellschaft, Goeseriede 11, 30159 Hannover | 41.0/ 41.1 | 50,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 37 | Wilhelm-Busch-Gesellschaft, Georgengarten, 30167 Hannover | 41.1 | 0,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 38 | Goethegesellschaft Weimar | 41.1 | 60,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 39 | Komitee Niedersachsen - Normandie e.V., Döbbeckestraße 21, 30419 Hannover | 41.1 | 76,70 € | passive Mitgliedschaft | |
| 40 | Bundesverband kommunale Filmarbeit, Käthe-Niederkirchner-Straße 35, 10407 Berlin | 41.1 | 340,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 41 | Bundesverband Jugend und Film, Petersstraße 3, 55116 Mainz | 41.1 | 160,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 42 | Kinobüro Niedersachsen e.V. | 41.1 | 35,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 43 | ICOM-Deutschland, In der Halde 1, 14195 Berlin | 41.2 | 743,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 44 | Deutscher Museumsbund, In der Halde 1, 14195 Berlin | 41.2 | 110,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 45 | Museumsverbund für Niedersachsen und Bremen e.V., Leinstraße 48, 31582 Nienburg | 41.2 | 100,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 46 | Regionalverband Museumspädagogik, Schwedenspeicher, 21682 Stade | 41.2 | 100,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 47 | Griffelkunst, Seilerstraße 42, 20359 Hamburg | 41.2 | 132,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 48 | Museum Schloss moyland, Am Schloss 4, 47551 Bedburg-Hau | 41.2 | 410,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 49 | Verein der Brandschutzbeauftragten, Resseberg 3, 21079 Hamburg | 41.2 | 58,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 50 | Vereinigung d. Freunde antiker Kunst, c/o Universität Basel Klass. Archäologie, Petersgraben 51, 4051 Basel, CH | 41.3 | 91,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 51 | Gesellschaft der Keramikfreunde e.V., Am Südhang 6, 65510 Hünstetten | 41.3 | 130,00 € | inkl. Zeitschriftenbezug | |
| 52 | Deutscher Museumsbund e.V., In der Halde 1, 14195 Berlin | 41.3 | 110,00 € | Nutzung Fortbildungsangebot, Beratung | |
| 53 | Museumsverband f. Nds. U. Bremen, Prinzenstraße 21, 30159 Hannover | 41.3 | 100,00 € | Nutzung Fortbildungsangebot, Museumsgütesiegel, Beratung | |
| 54 | Ges. für int. Geldgeschichte, Fürstengrunder Str. 95, 64732 Bad König | 41.3 | 42,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 55 | Verband der Restauratoren e.V., Weberstraße 61, 53113 Bonn | 41.3 | 126,00 € | passive Mitgliedschaft | |

| Nr. | Name und Anschrift | OE | Jahressumme | Form der Vertretung | Bemerkungen |
|------------|---|-----------|--------------------|--|--------------------|
| 56 | Dt. Ges. für Medaillenkunst, c/o Dr. G. Dethlefs, Akazienallee 4, 48155 Münster | 41.3 | 100,00 € | inkl. Jahresgabe (Schrift) | |
| 57 | Dt. Glastechnische Gesellschaft, e.V., Siemensstraße 45, 63071 Offenbach | 41.3 | 75,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 58 | Westfälische Vereinigung für Volkskunde e.V., Scharnhorststraße 100, 48151 Münster | 41.3 | 15,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 59 | Hessische Vereinigung für Volkskunde e.V., Biegenstraße 9, 35037 Marburg | 41.3 | 35,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 60 | Niederdeutsche Gesellschaft für Kulturgeschichte e.V., Johannes-Corputius-Platz 1, 47051 Duisburg | 41.3 | 25,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 61 | Deutsche Gesellschaft für Volkskunde, Biegenstraße 9, 35037 Marburg | 41.3 | 80,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 62 | Niedersächsischer Heimatverband, Landstraße 6a, 30159 Hannover | 41.3 | 220,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 63 | Historischer Verein für Niedersachsen e.V., Am Archiv 1, 30169 Hannover | 41.3 | 22,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 64 | Arbeitsgemeinschaft der Kunst und Museumsbibliotheken c/o Kunstmuseum Wolfsburg, Hollerplatz 1, 38440 Wolfsburg | 41.3 | 60,00 € | passive Mitgliedschaft | Nachmeldung |
| 65 | Association des Amis du Musée Monétaire Palais de Rumine, CH-1005 Lausanne | 41.3 | 75,68 € | passive Mitgliedschaft inkl. Zeitschriftenbezug | Nachmeldung |
| 66 | Association Égyptologique Reine Élisabeth, Parc du Cinquantenaire 10, BE-1000 Bruxelles | 41.3 | 82,00 € | passive Mitgliedschaft inkl. Zeitschriftenbezug | Nachmeldung |
| 67 | Gesellschaft für niedersächsische Kirchengeschichte e.V., Goethestr. 27, 30169 Hannover | 41.3 | 20,00 € | passive Mitgliedschaft inkl. Zeitschriftenbezug | Nachmeldung |
| 68 | International Numismatic Council, c/o Staatliche Museen zu Berlin, Münzkabinett | 41.3 | 150,00 € | passive Mitgliedschaft inkl. Zeitschriftenbezug | Nachmeldung |
| 69 | Société Francaise D'Égyptologie, College de France, Place Marcelin Berthelot, F- 75231 Paris | 41.3 | 100,00 € | passive Mitgliedschaft inkl. Zeitschriftenbezug | Nachmeldung |
| 70 | The Egypt Exploration Society London, Doughty Mews 3, GB- London WC1N2PG | 41.3 | 159,76 € | passive Mitgliedschaft inkl. Zeitschriftenbezug | Nachmeldung |
| 71 | Historischer Verein für Niedersachsen e.V., Am Archiv 1, 30169 Hannover | 41.4 | 22,00 € | passive Mitgliedschaft inkl. Zeitschriftenbezug | Nachmeldung |
| 72 | Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V., Am Südhang 6, 65510 Hünstetten | 41.4 | 150,00 € | passive Mitgliedschaft inkl. Zeitschriftenbezug | Nachmeldung |
| 73 | Gesellschaft für niedersächsische Kirchengeschichte e.V., Goethestr. 27, 30169 Hannover | 41.4 | 20,00 € | passive Mitgliedschaft inkl. Zeitschriftenbezug | Nachmeldung |
| 74 | Kulturpolitische Gesellschaft e.V., Bundesgeschäftsstelle Weberstraße 59 A, 53113 Bonn | 41.5 | 123,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 75 | Verband deutscher Musikschulen e.V., Plittersdorfer Straße 93, 53173 Bonn | 41.6 | 2.059,20 € | passive Mitgliedschaft | |
| 76 | Jeunesses Musicales Deutschland (JMD), Marktplatz 12, 97990 Weikersheim | 41.6 | 159,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 77 | Deutsches Jugendherbergswerk, Bismarkstraße 8, 32754 Detmold | 41.6 | 25,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 78 | Gesellschaft der Bibliophilen, Rindermarkt 17, 80331 München | 41.7 | 81,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 79 | Gutenberg Gesellschaft, Liebfrauenplatz 5, 55116 Mainz | 41.7 | 60,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 80 | Historische Kommission für Niedersachsen c/o Nds. Hauptstaatsarchiv, Frau Dr. van der Heuvel, Am Archiv 1, 30169 Hannover | 41.7 | 100,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 81 | Quickborn-Vereinigung, Langberg 51, 21033 Hamburg | 41.7 | 48,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 82 | Wissenschaftl. Buchgesellschaft, Hindenburgstraße 40, 64295 Darmstadt | 41.7 | 11,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 83 | Deutscher Bibliotheksverband, Fritschestraße 27-28, 10585 Berlin | 41.7 | 3.926,45 € | passive Mitgliedschaft | |
| 84 | Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken c/o Hessischer Landtag, Schlossplatz 1-3 65183 Wiesbaden | 41.7 | 16,50 € | | Nachmeldung |
| 85 | Association Internationale des Bibliothèques, Archives et Centres de Documentation Musicaux (AIBM), AIBM / c/o Kirstin Blös, Hochschule für Musik und Theater Rostock, Beim St. Katharinenstift 8, 18055 Rostock | 41.7 | 68,00 € | | Nachmeldung |

| Nr. | Name und Anschrift | OE | Jahressumme | Form der Vertretung | Bemerkungen |
|------------|---|-----------|--------------------|--|--------------------|
| 86 | Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsens e.V., Bödekerstraße 16, 30161 Hannover | 43 | 17.500,00 € | Delegiertes Mitglied mit Stimmrecht in der Mitgliederversammlung, vertreten durch Bereichsleiter OE 43.1 | |
| 87 | Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsens e.V. (VHS Konzept), Bödekerstraße 16, 30161 Hannover | 43 | 350,00 € | Mitglied in der Arbeitsgruppe | |
| 88 | Max-Planck-Gesellschaft, Hofgartenstraße 8, 80539 München | 43.20 | 500,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 89 | Verband Botanischer Gärten e.V., Bot. Garten der Universität Gießen, 35390 Gießen | 46 | 100,00 € | Teilnahme an Tagungen/Arbeitskreisen, fachlicher Austausch | |
| 90 | DDG e.V. (Deutsche Dendrologische Gesellschaft e.V.), Up de Worth 10 B, 22927 Großhandorf | 46 | 60,00 € | Teilnahme an Tagungen/Arbeitskreisen, fachlicher Austausch | |
| 91 | Arbeitskreis Orangerien in Deutschland e.V., Johannes-Clajus-Straße 9, 99706 Bendeleben | 46 | 130,00 € | Teilnahme an Tagungen/Arbeitskreisen, fachlicher Austausch | |
| 92 | Deutsche Bromelien-Gesellschaft e.V., Sagemühler Steig 72, 13503 Berlin | 46 | 37,00 € | Teilnahme an Tagungen/Arbeitskreisen, fachlicher Austausch | |
| 93 | Skal Club Hannover, Mommensenstraße 13 A, 30173 Hannover | 46 | 160,00 € | Teilnahme an Tagungen/Arbeitskreisen, fachlicher Austausch | |
| 94 | Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin | 50.08 | 2.300,00 € | Mitglied im Hauptausschuss des DV | |
| 95 | Niedersächsischer Integrationsrat - NIR -, Wedekindstraße 14, 30161 Hannover | 50.6 | 300,00 € | Teilnahme an Plenarsitzungen des NIR | |
| 96 | Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V., Poststraße 17, 69115 Heidelberg | 51.0 | 3.190,00 € | Teilnahme an der Mitgliederversammlung | |
| 97 | AFET - Bundesverband für Erziehungshilfe e.V., Georgstraße 26, 30159 Hannover | 51.2 | 150,00 € | Teilnahme an Fachgremien | |
| 98 | Dt. Jugendherbergswerk, Bismarckstraße 8, 32756 Detmold | 51.51 | 0,00 € | | |
| 99 | ADAC e.V., Hansastraße 19, 80686 München | 51.6 | 49,00 € | | |
| 100 | Deutsche Olympische Gesellschaft, Otto-Fleck-Schneise 12, 60528 Frankfurt/Main | 52 | 384,00 € | Erfahrungsaustausch / Teilnahme an Arbeitskreisen | |
| 101 | Deutsche Gesellschaft für Badewesen e.V., Postfach 340201, 45074 Essen | 52 | 820,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 102 | Runder Tisch Palliativ- und Hospizarbeit in der Region Hannover e.V., Knochenhauerstraße 33, 30159 Hannover | 57 | 70,00 € | Mitwirkung in der Mitgliederversammlung und bei Aktivitäten | |
| 103 | ITS Niedersachsen e.V., Hermann-Blenk-Straße 17, 38108 Braunschweig | 61.1 | 250,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 104 | City-Gemeinschaft Hannover e.V., Schmiedestraße 8, 30159 Hannover | 61.1 | 2.927,40 € | Teilnahme an Mitgliederversammlung | |
| 105 | Ökostadt e.V., Hausmannstraße 9-10, 30159 Hannover | 61.3 | 39,60 € | Nutznieser (car-sharing) | |
| 106 | Institut für Bauforschung e.V., An der Markuskirche 1, 30163 Hannover | 61.4 | 1.278,23 € | fachlicher Austausch | |
| 107 | Akademie Raumforschung/ Landesplanung Friedrichswall 10, 30159 Hannover | 61.5 | 100,00 € | | Nachmeldung |
| 108 | Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen Niedersachsen/Bremen e.V., Höltystraße 17, 30171 Hannover | 66 | 3.500,00 € | Teilnahme an Mitgliederversammlung, Arbeitsgruppen | |
| 109 | Deutscher Beton- und Bautechnik-Verein e.V., Kurfürstenstraße 129, 10785 Berlin | 66.01 | 40,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 110 | Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen e.V., An Lyskirchen 14, 50676 Köln | 66.01 | 282,00 € | Teilnahme an Mitgliederversammlung, Arbeitsgruppen | |
| 111 | Deutsche Verkehrswissenschaftl. Gesellschaft e.V., Schleidenstraße 4, 30177 Hannover | 66.01 | 400,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 112 | Klima-Bündnis, Galvanistraße 28, 60486 Frankfurt am Main | 67.1 | 3.884,79 € | passive Mitgliedschaft | |
| 113 | Öko-Institut e.V., Postfach 6226, 79038 Freiburg | 67.1 | 520,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 114 | UVP-Gesellschaft e.V., Alfred-Fischer-Weg 4, 59073 Hamm | 67.1 | 300,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 115 | Mayors Adapt | 67.1 | 0,00 € | passive Mitgliedschaft | Nachmeldung |
| 116 | Covenant of Mayors (Konvent der Bürgermeister für Klimaschutz) | 67.1 | 0,00 € | passive Mitgliedschaft | Nachmeldung |

| Nr. | Name und Anschrift | OE | Jahressumme | Form der Vertretung | Bemerkungen |
|------------|---|-----------|--------------------|--|--------------------|
| 117 | ELSA e. V. Bayerstr. 28 a, 80335 München | 67.1 | 1.590,00 € | passive Mitgliedschaft | Nachmeldung |
| 118 | FLL (Forschungsgesellschaft Landesentwicklung Landschaftsbau e.V.), Colmantstraße 32, 53115 Bonn | 67.3 | 225,00 € | Informationsaustausch | |
| 119 | GALK e.V. (Gartenamtsleiterkonferenz), Am Inselpark 1, 21109 Hamburg | 67.3 | 0,00 € | Teilnahme an Sitzungen / Tagungen | |
| 120 | Arbeitsgemeinschaft Friedhof und Denkmal, Weinbergstraße 25-27, 34117 Kassel | 67.4 | 130,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 121 | Naturhistorische Gesellschaft Hannover, Willy-Brandt-Allee 5, 30169 Hannover | 67.7 | 0,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 122 | Schutzgemeinschaft dt. Wald, Prinzenstraße 17, 30159 Hannover | 67.7 | 128,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 123 | NABU e.V., Calenberger Straße 24, 30169 Hannover | 67.7 | 48,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 124 | Naturland e.V., Kleinhadener Weg 1, 82166 Gräfelfing | 67.7 | 437,42 € | passive Mitgliedschaft | |
| 125 | Waldbesitzerverband Niedersachsen e.V., Warmbüchenstraße 3, 30159 Hannover | 67.7 | 426,61 € | passive Mitgliedschaft | |
| 126 | Bündnis Kommunen für biol. Vielfalt e.V. Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell | 67.7 | 3.000,00 € | passive Mitgliedschaft | Nachmeldung |
| 127 | Naturhistorische Gesellschaft Hannover e.V. Willy-Brandt-Allee 5, 30169 Hannover | 67.7 | 128,00 € | passive Mitgliedschaft | Nachmeldung |
| 128 | PEFC Deutschland e.V., Danneckerstr., 70182 Stuttgart | 67.7 | 303,09 € | passive Mitgliedschaft | Nachmeldung |
| 129 | Waldbetriebsgemeinschaft Benther Berg, Harenberger Straße 8, 30989 Gehrden-Everloh | 67.7 | 25,45 € | passive Mitgliedschaft | Nachmeldung |
| 130 | DSAG Dienstleistungs GmbH e.V., Altrottstraße 334a, 69190 Walldorf | 68.0 | 500,00 € | Schulungen, Weiterbildungen, fachlicher Austausch | |
| 131 | Verband kommunaler Unternehmen e.V., Invalidenstraße 91, 10115 Berlin | 68 | 14.380,04 € | passive Mitgliedschaft | |
| 132 | DWA e.V., Theodor-Heuss-Allee, 53773 Hennef | 68 | 3.331,00 € | Beirat | |
| 133 | Wasser Hannover e.V., Expo Plaza 3, 30539 Hannover | 68.1 | 3.000,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 134 | VDV Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V., Kamekestraße 37-39, 50672 Köln | 82 | 17.322,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 135 | BÖB Bundesverband Öffentlicher Binnehäfen e.V., Leipziger Platz 3, 10117 Berlin | 82 | 5.200,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 136 | DVWG Deutsche Verkehrswissenschaftl. Gesellschaft e.V., Schleidenstraße 4, 30177 Hannover | 82 | 400,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 137 | HTG Hafentechnische Gesellschaft e.V., Dalmanstr. 1, 20457 Hamburg | 82 | 383,47 € | passive Mitgliedschaft | |
| 138 | VBW Verein für europäische Binnenschifffahrt und Wasserstraßen e.V., Haus Rhein, Dammstraße 15-17, 47119 Duisburg | 82 | 1.500,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 139 | LogistikPortal Niedersachsen e.V., Breite Straße 7, 30159 Hannover | 82 | 250,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 140 | Hafen Hamburg Marketing e.V., Pickhuben 6, 20457 Hamburg | 82 | 1.500,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 141 | City-Gemeinschaft Hannover e.V., Georgstraße 23, 30159 Hannover | 83 | 2.460,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 142 | EVVC Europäischer Verband der Veranstaltungs-Centren e.V., Hotel Frankfurt Airport, Mörfelder Straße 113, 65451 Kelsterbach | 83 | 1.770,00 € | EVVC-Präsidentschaft bis 2018 | |
| 143 | GCB German Convention Bureau, Münchener Straße 48, 60329 Frankf./M. | 83 | 6.300,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 144 | Freundeskreis Hannover e.V. (früher Verkehrsverein) | 83 | 1.000,00 € | passive Mitgliedschaft | |
| 145 | DEHOGA, Yorckstraße 3, 30163 Hannover | 83 | 1.294,80 € | passive Mitgliedschaft | |

Summe: 486.710,28 €

Aufgegebene oder aufzugebende Mitgliedschaften:

| <u>Nr.</u> | <u>Name und Anschrift</u> | <u>OE</u> | <u>Jahressumme</u> | <u>Form der Vertretung</u> | <u>Bemerkungen</u> |
|---------------|---|-----------|--------------------|--|--------------------|
| 1 | RKW Nord/West Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft e.V., Günther-Wagner-Allee 12-19, 30177 Hannover | 18 | 150,00 € | passive Mitgliedschaft | wird gekündigt |
| 2 | Freundeskreis des Historischen Museums e.V. , Frau Claudia Göttler, Stadtbezirksmanagement | 18.63.01 | 35,00 € | Teilnahme an Erfahrungsaustauschen und Veranstaltungen | wird gekündigt |
| 3 | Deutsche Gartenbaugesellschaft 1822 e.V., Webersteig 3, 78462 Konstanz | 67.3 | 100,00 € | passive Mitgliedschaft | gekündigt |
| 4 | Ökostadt e.V., Hausmannstraße 9-10, 30159 Hannover | 67.3 | 39,60 € | passive Mitgliedschaft | gekündigt |
| 5 | Wirtschaftskreis (Förderkreis der Wirtschaftsunioren Hannover e.V.), c/o IHK, Schiffgraben 49, 30175 Hannover | 82 | 80,00 € | passive Mitgliedschaft | gekündigt |
| <u>Summe:</u> | | | <u>404,60 €</u> | | |

Landeshauptstadt



Informations-
drucksache



In den Organisations- und Personalausschuss

Nr. 2695/2017

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Haushaltsbegleitantrag H-0118/2017 Relaunch Hannover.de

Sachverhalt

Mit dem Beschluss des Doppelhaushalts 2017/2018 hat der Rat der LHH einen Haushaltsbegleitantrag für eine Überarbeitung von hannover.de beschlossen. Einen nahezu gleichlautenden Haushaltsbegleitantrag hat die Regionsversammlung beschlossen.

In beiden Anträgen werden die Verwaltungen beauftragt, ein Konzept für die Überarbeitung des Internetportals hannover.de entwickeln zu lassen. Ziel ist eine größere Nutzerfreundlichkeit. Das Konzept ist den Gremien im Rat (wie auch der Regionsversammlung) bis zur Sommerpause 2018 vorzulegen.

Umsetzung

Das Internetportal www.hannover.de ist das gemeinsame Portal der Landeshauptstadt und der Region Hannover. Deshalb haben LHH und Region die Betreibergesellschaft der Plattform, die hannover.de Internet GmbH, gemeinsam beauftragt, im Sinne des politischen Auftrags bis zum Sommer 2018 ein Konzept zur Überarbeitung vorzulegen.

Verantwortlich für die inhaltliche Bearbeitung innerhalb der Verwaltung ist der Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (OE 15.3). Der Haushaltsbegleitantrag ist daher im Wesentlichen dem Teilergebnishaushalt 15, Produkt 11104 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuzuordnen, für einen Teil der städtischen Angebote auf www.hannover.de ist der Fachbereich 18 (Personal und Organisation) verantwortlich, dieser Teil ist dem Teilergebnishaushalt 18, Produkt 11109901 zuzuordnen.

Die Erarbeitung geschieht in Abstimmung mit den Leitungen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von LHH und Region Hannover. Um den Änderungsbedarf noch konkreter in der Praxis zu ermitteln, sind drei halbtägige Workshops mit je einer Nutzergruppe geplant: Auszubildende im Bereich IT/Multimedia, repräsentativ zusammengesetzte Nutzer/-innen aus der gesamten Region sowie Mitglieder aus den zuständigen Fachausschüssen von Region und Rat.

Anhand der Ergebnisse der drei Workshops werden die in den Anträgen von Rat und Region benannten Veränderungsbedarfe präzisiert. Bis zum Sommer 2018 sollen ggf. mehrere Varianten zur Überarbeitung und Weiterentwicklung des Internetportals, hinterlegt mit dem jeweiligen Finanzvolumen zur Beratung und Entscheidung vorgelegt werden.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Gender-Aspekte werden in dieser Informationsdrucksache nicht berührt.

Kostentabelle

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

18
Hannover / 02.11.2017

Landeshauptstadt

Hannover

Informations-
drucksache

In den Organisations- und Personalausschuss

Nr. 2696/2017

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Haushaltsbegleitantrag H-0120/2017

Elektronische Signatur zur Zeichnung von Anträgen und Anfragen für die Fraktions-, Gruppenvorsitzenden und Einzelvertreterinnen und -vertreter

Ausgangslage und Auftrag

Anlass zur Entwicklung des EDV-Verfahrens ist der Haushaltsbegleitantrag H-0120/2017, der der Verwaltung den Auftrag erteilt, die elektronische Signatur zur Zeichnung von Anträgen und Anfragen für die Fraktions-, Gruppenvorsitzenden und Einzelvertreterinnen und -vertreter in Rat und Stadtbezirksräten einzuführen.

Ähnliche Anfragen kamen auch aus den Stadtbezirksräten Südstadt-Bult (15-0550/2017) und Kirchrode-Bemerode-Wülferode (15-1547/2017). Diese Anfragen nahmen u.a. auch Bezug auf die PKI-Smartcard, die damals auf den Bezirkratsausweisen implementiert war. Diese sollten ursprünglich zur Zwei-Faktor-Authentifizierung im Stadtbezirksratsportal genutzt werden und hätten im Prinzip auch zum Signieren von elektronischen Dokumenten genutzt werden können. Dieses Vorhaben wurde aufgrund der heterogenen privaten Hardwarelandschaft (Betriebssysteme, Kartenleser) bei den Benutzerinnen und Benutzern und dem damit verbundenen technischen Aufwand nicht weiterverfolgt. Schließlich entsprechen die Chipkarten nicht mehr dem aktuellen Stand der Technik.

Vorarbeiten und technische Rahmenbedingungen

Aufgrund der Ausgangslage wird der im Haushaltsbegleitantrag genannte Auftrag insoweit geändert, dass die qualifizierte elektronische Signatur durch eine einfache elektronische Signatur ersetzt wird. Dazu kommt eine eindeutige Zwei-Faktor-Authentifizierung an dem Verfahren mit Hilfe des Produkts F5. Dadurch kann die Benutzerin bzw. der Benutzer sicher identifiziert werden und nur mit ihrem / seinem Namen unterzeichnen. Dies entspricht dann einer einfachen elektronischen Signatur oder elektronischen Unterschrift. Dementsprechend muss die Geschäftsordnung des Rates angepasst werden, da in § 47 Abs. 3 bisher nur die qualifizierte elektronische Signatur zur Unterzeichnung elektronischer Dokumente zulässig ist.

In der Vorbesprechung mit den Sachgebieten Ratsangelegenheiten (OE 18.60) und Stadtbezirksratsbetreuung /Stadtbezirksmanagement (OE 18.62) wurden der Benutzerkreis und die grundsätzlichen Funktionen des EDV-Verfahrens grob skizziert. Als Benutzerinnen und Benutzer sind die Ratsmitglieder, Bezirksratsmitglieder, Beratende Mitglieder und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionsgeschäftsstellen vorgesehen.

Das Verfahren soll eine reine Web-Anwendung werden, die aus dem Intranet und Internet erreichbar sein soll. Für die Ratsmitglieder kann der Zugang zum Verfahren über die DirectAccess-Verbindung der CaRa-Tablets realisiert werden. Die übrigen Benutzerinnen und Benutzer greifen nach erfolgreicher Zwei-Faktor-Authentifizierung über das Internet zu; somit wird privat nur noch ein üblicher Webbrowser benötigt.

Die Anträge und Anfragen können in das Verfahren als Text oder Datei eingestellt werden. Dort können die Dokumente für andere Gremienmitglieder zum Lesen freigegeben werden und durch den Fraktions-/Gruppenvorstand mitgezeichnet werden. Ebenso ist eine Mitzeichnung weiterer Fraktionen, Gruppen oder Einzelvertreterinnen und -vertreter bei gemeinsamen oder interfraktionellen Anträgen und Anfragen möglich. Der Name der Benutzerin / des Benutzers und der Zeitpunkt der Zeichnung werden jeweils automatisch erfasst.

Nach ggf. erfolgter Abstimmung können die Anträge und Anfragen dann bei der Verwaltung elektronisch eingereicht werden. Dabei werden die von den Benutzerinnen und Benutzern erstellten Dokumente in das Sitzungsmanagement (SIM) weitergeleitet und dort im Rahmen der Sitzungsverwaltung weiterbearbeitet.

Weitere Planung

Nach der Vorstellung des ersten Prototypen des Verfahrens wurden bereits einige Fragen geklärt. Die Vervollständigung der Funktionen war Mitte Oktober diesen Jahres abgeschlossen. Derzeit wird das Verfahren innerhalb der Verwaltung vorgestellt, um weitere benötigte Funktionen abzustimmen. In Anschluss daran bzw. nach ggf. noch erforderlichen Anpassungen soll das Verfahren der Politik im Rahmen der Kommission Stadtbezirksräte und der CaRa-AG vorgestellt werden. Hieraus kann weiterer Anpassungsbedarf entstehen, der zeitlich noch nicht zuverlässig abgeschätzt werden kann. Das Verfahren zur Zwei-Faktor-Authentifizierung (F5) wird voraussichtlich auch erst im ersten Quartal 2018 hierfür in Betrieb genommen werden können. Hinzu kommen noch die Sicherheitsüberprüfung und die Vorabkontrolle der beteiligten Systeme sowie die Anpassung der Geschäftsordnung des Rates und der Verfahrensbeschreibung des Sitzungsmanagements, sodass mit einer Produktivsetzung des Verfahren für das erste Halbjahr 2018 zu rechnen ist.

Organisation

In einem Gespräch im September 2017 wurde in Abstimmung mit dem Gesamtpersonalrat, dem Datenschutzbeauftragten, dem Bereich Rats- und Bezirksratsangelegenheiten (OE 18.6) und dem Bereich Informations- und Kommunikationssysteme (OE 18.52.3) vereinbart, dass eine Arbeitsgruppe gebildet wird, um die weiteren Maßnahmen umzusetzen. Eine direkte Beteiligung des Gesamtpersonalrates und des Datenschutzbeauftragten wurde als entbehrlich angesehen; eine regelmäßige Information über den Fortgang der weiteren Umsetzungen wurde als ausreichend angesehen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Gender-Aspekte werden in dieser Informationsdrucksache nicht berührt.

Kostentabelle

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

18
Hannover / 02.11.2017

Landeshauptstadt

Hannover

Informations-
drucksache

In den Organisations- und Personalausschuss

Nr. 2697/2017

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Haushaltsbegleitantrag H 0115/2017

Personalgewinnung in technischen und sozialen Berufen

Mit einem Haushaltsbegleitantrag zum Haushaltsplan 2017 hat der Organisations- und Personalausschuss die Verwaltung beauftragt, zu prüfen:

1. wie Fachkräfte aus anderen Ländern für die LHH gewonnen werden können, insbesondere für den Baubereich (in technischen Berufsgruppen wie z. B. Architektinnen/Architekten, Bauingenieurinnen/-ingenieure, Technikerinnen/Techniker), auch gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit.
2. wie zusätzliche Fachkräfte im Jugend- und Sozialbereich über Anerkennungs-praktikantinnen/-praktikanten sowie über berufsbegleitende Ausbildungen (z.B. Sozialassistentinnen/-assistenten) gewonnen werden können.

Ausgangslage

Die Gestaltung des demografischen Wandels und des damit einhergehenden Fachkräftemangels ist eine der zentralen Herausforderungen der Zukunft für alle Kommunen. Die Kommunen sind als Arbeitgeberinnen mit Bindung an das Tarifrecht weniger flexibel als die private Wirtschaft und sind somit in einigen Berufsgruppen weitaus stärker von dem aktuellen Fachkräftemangel betroffen.

In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die **Informationsdrucksache 0528/2017 N1** – Auswirkungen des demografischen Wandels auf die LHH als Arbeitgeberin und Maßnahmen zur Personalgewinnung und –bindung.

Insbesondere in technischen und sozialen Berufen sind teils erhebliche Schwierigkeiten in Stellenbesetzungsverfahren zu verzeichnen. Während durch den Tarifvertrag für den Sozial- und Erziehungsdienst die LHH in Bezug auf Gehaltsmöglichkeiten konkurrenzfähig mit der privaten Wirtschaft und anderen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern ist, sind die technischen Berufe am stärksten von dem Fachkräftemangel betroffen. In insgesamt 14 der

24 Fachbereiche, Ämter und Betriebe sind Beschäftigte aus technischen Berufen eingesetzt. Aufgrund der Relevanz für die Stadtverwaltung ist die Personalgewinnung in technischen Berufen auch als Maßnahme im Arbeitsprogramm 2017 des Oberbürgermeisters mit Berichterstattung an den Organisations- und Personalausschuss benannt worden.

1. Maßnahmen zur Personalgewinnung in technischen Berufen

Für die Berufsgruppe der technischen Berufe wurde im Jahr 2016 eine Großveranstaltung für alle betroffenen Fachbereiche durchgeführt; hier sollten die konkreten Problemlagen benannt werden. Anschließend wurde unter Leitung des Fachbereichs Personal und Organisation eine fachbereichsübergreifende Arbeitsgruppe für technische Berufe eingerichtet, diese tagt seitdem regelmäßig. Die Auswertung der Ergebnisse der Großveranstaltung und die Zusammenfassung zu Handlungsfeldern führte zur Einrichtung von sechs Unterarbeitsgruppen zu den Themen Image / Internet, Eingruppierung, Qualifizierung, Stellenbesetzungsverfahren, Einarbeitung sowie Praktika / Kontaktstellen.

Die Themen „Image der Landeshauptstadt Hannover“ und „Personalmarketing“ wurden in die übergeordnete Steuerungsgruppe Arbeitgeberattraktivität als wesentliche Handlungsfelder aufgenommen. Die vielfältigen umgesetzten Maßnahmen zu den Themen „Personalmarketing“ und „Optimierung von Stellenbesetzungsverfahren“ sind ebenfalls in der oben genannten Drucksache 0528/2017 beschrieben.

Die Umsetzungsvorschläge der Unterarbeitsgruppen wurden in der zweiten Dialogveranstaltung im Mai 2017 mit den betroffenen Fachbereichen diskutiert und wurden in ein entsprechendes Handlungskonzept zur Personalgewinnung und –bindung in technischen Berufen aufgenommen. Dieses wird zurzeit verwaltungsintern abgestimmt. Konkrete Maßnahmen, die umgesetzt sind bzw. in die weitere Umsetzungsphase gehen sollen, sind z.B.:

Umgesetzt:

- Erstellung eines Karriereportals der LHH als attraktive Arbeitgeberin im Internet unter www.karriere-stadt-hannover.de mit Verlinkungen zu Stellenangeboten und Ausbildung der LHH sowie weiterer Ausbau in Konzeptionierung:
 - Eigene Rubrik für technische Berufe mit Bildergalerie und Darstellung von attraktiven Aufgaben / Projekten der Stadt Hannover
 - Darstellung der Aufstiegsmöglichkeiten in technischen Berufen
- Dezernatsübergreifende Partnerschaft in Initiative Wissenschaft in Kooperation mit dem Büro des Oberbürgermeisters und der Wirtschaftsförderung der LHH
 - Über die Kooperation wurden seit September 2016 drei Filme der LHH als attraktive Arbeitgeberin gedreht: Für zwei duale Studiengänge „Wirtschaftsinformatik in Hannover“ und „Allgemeine Verwaltung in Hannover“. Und zuletzt der Imagefilm für technische Berufe bei der LHH „Wir geben Hannover ein Gesicht“.
 - Diese sind über das Videoportal www.wissen.hannover.de veröffentlicht.
 - Die Initiative Wissenschaft Hannover hat in 09/2017 für das Videoportal den Fox Award in Gold 2017 erhalten.
- Veröffentlichung eines einseitigen Anzeigenspezials für technische Berufe der LHH in der HAZ und NP in 01/2017
- Verbesserung Zugriffe auf Stellenangebote und Onlinebewerbungen (seit 2014)
- Ausschreibungstexte und Ansprache moderner gestalten (Bsp. IT-Bereich)
- „Swingcards“ sowie Plakat- und Postkartenaktionen (Bsp. Ausbildungsmarketing)
- Präsentation auf Veranstaltungen/Messen (z.B. Berufs- und Bildungsmesse und lange Nacht der Berufe)

- Beiträge im „Radio Hannover“: Seit 2016 alle vierzehn Tage jeweils samstags Vorstellung von interessanten Themen der LHH als Arbeitgeberin und konkreten Stellenausschreibungen
- Schulung der Auswahlkommissionen im Sinne von „Werben lernen“

In Planung bzw. in Umsetzung:

- Ausschöpfung aller Möglichkeiten der neuen Entgeltordnung (EGO)
- Öffnung der Stellenausschreibungen für alternative Qualifikationen bzw. Hochschulabschlüsse
- Befragung der Bewerberinnen und Bewerber, wie sie auf die LHH aufmerksam wurden
- Verstärkte Nutzung sozialer Netzwerke wie facebook (Bsp. Ausbildungsmarketing) und Prüfung weiterer Internetportale wie stepstone und Xing für Stellenausschreibungen
- Intensivierung der Teilnahme an Job-Messen und von relevanten Hochschulkontakten – mit professionellem Messestand
- Entwicklung struktureller Verbesserungen von Praktika-Angeboten und entsprechenden Rahmenbedingungen
- Bedarfsgerechte Ausweitung von Qualifizierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten in den technischen Fachbereichen
- Verbesserte Einarbeitung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als ein wesentlicher Baustein der nachhaltigen Personalbindung
- Weiterentwicklung des städtischen Intranets als interne Personalmarketingmaßnahme – eigene Beschäftigte sind die besten Markenbotschafterinnen und -botschafter

Personalgewinnung von Fachkräften im europäischen Ausland über das EURES-Portal der Bundesagentur für Arbeit

Stellenvakanzen werden der Bundesagentur für Arbeit gemeldet. Diese stellt die Stellenangebote u.a. in das EURES-Portal ein. EURES wurde im Jahr 1993 gegründet und ist ein Kooperationsnetz zwischen der Europäischen Kommission und den öffentlichen Arbeitsverwaltungen der EWR-Mitgliedstaaten (EU-Mitgliedstaaten plus Norwegen, Island und Liechtenstein) und anderen Partnerorganisationen. Auch die Schweiz wirkt an der EURES-Kooperation mit. Aufgabe des EURES-Netzes ist es, Informationen, Beratung und Vermittlung (Abstimmung von Stellenangeboten und Arbeitssuche) für Arbeitskräfte und Arbeitgeber sowie generell allen Bürgerinnen und Bürgern anzubieten, die vom Recht auf Freizügigkeit Gebrauch machen möchten.

Über das EURES-Portal wird ein europaweiter Zugang zu den Stellenangeboten der LHH ermöglicht. Dieses ist zudem in den Sozialen Medien, u.a. bei Facebook und Twitter vertreten.

Bisherige Erfahrungen mit gezielter Personalgewinnung im Ausland durch eine Fachfirma

Der Betrieb der städtischen Alten- und Pflegezentren hat als bisher einziger Fachbereich der LHH Erfahrungen gewinnen können, welchen Aufwand es braucht und welcher Nutzen dem folgt, Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen. Aufgrund einer geschlossenen Rahmenvereinbarung mit einer Firma, die sich auf die berufliche und gesellschaftliche Integration spanischer Gesundheits- und Pflegekräfte spezialisiert hat, konnten nach aktuellem Stand letztendlich zwei Mitarbeiterinnen gewonnen werden. Neben weiteren Problemen, die bei dieser Art der Personalgewinnung zu bewältigen waren, zeigten sich als gravierendste Hürden die fehlenden deutschen Sprachkenntnisse.

Vom Fachbereich Senioren wurden sowohl in finanzieller als auch in organisatorischer Hinsicht große Anstrengungen unternommen. Das Projekt begann im Jahr 2015, zu Beginn

des Jahres 2016 konnten vier spanische Fachkräfte eingestellt werden. Leider sind zurzeit nur noch zwei Beschäftigte der Landeshauptstadt Hannover. Aufwand und Nutzen kann hier durchaus hinterfragt werden. Es lässt sich daher noch nicht abschätzen, ob der Fachbereich Senioren diesen Weg ein weiteres Mal gehen wird.

Handlungskonzept zur Personalgewinnung und –bindung in technischen Berufen

Aktuell können die meisten Stellen für technische Berufe noch - teils nach mehrmaliger Stellenausschreibung - für die meisten Fachrichtungen besetzt werden. Im Handlungskonzept wird ein Verfahren zur mittelfristigen, fachbereichsübergreifenden Personalplanung mit Altersstruktur- und Fluktuationsanalyse nach notwendigen Qualifikationsprofilen vorgeschlagen. So können frühzeitig Handlungsbedarfe für bestimmte Berufsfelder erkannt und zielgerichtete, größere Kampagnen der LHH als Arbeitgeberin geplant werden. So wurde z.B. mit der gemeinsamen ganzseitigen HAZ-Seite für technische Berufe und mit den zeitlich gebündelten Stellenausschreibungen für das Investitionsmemorandum in 01/2017 eine durchaus gute Bewerberinnen- und Bewerberlage für einige Fachbereiche erreicht, die eine qualifizierte Personalauswahl zuließ. Dies zeigte, dass die LHH durchaus als attraktive Arbeitgeberin für technische Berufe wahrgenommen wird. Die Verwaltung vertritt die Auffassung, mit den genannten Umsetzungsvorschlägen und einer mittelfristigen Personalplanung zunächst einen guten Weg zur Personalgewinnung und nachhaltigen Personalbindung eingeschlagen zu sein.

Die (aktive) Personalgewinnung aus dem Ausland – über die Einstellung der Stellenausschreibungen über das EURES-Portal hinaus – wird aufgrund der Erfahrungen im Fachbereich Senioren nicht vorrangig verfolgt.

2. Personalgewinnung im Jugend- und Sozialbereich

In den pädagogischen Berufen sind in den vergangenen Jahren vermehrt die Praxiszeiten direkt in die Berufsausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher und in die Studiengänge Soziale Arbeit integriert worden. Die Landeshauptstadt Hannover bietet daher für die ausbildungs- bzw. studienintegrierten Praktika zahlreiche Angebote an, die als Anreiz auch finanziell honoriert werden. Auch Anerkennungspraktika werden weiterhin angeboten.

Für die berufsbegleitenden Ausbildungen zur Sozialassistentin / zum Sozialassistenten und zur Erzieherin / zum Erzieher sind seit 2010 insgesamt 114 Personen eingestellt und qualifiziert worden. Von diesen haben bislang 63 die Ausbildung abgeschlossen, weitere 51 Personen befinden sich noch in der Ausbildung.

Darüber hinaus wird bereits bei der LHH beschäftigten Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern sowie Sozialassistentinnen und Sozialassistenten ermöglicht, sich zu Erzieherinnen und Erziehern weiter zu qualifizieren. Für Erzieherinnen und Erzieher gibt es die Möglichkeit einer Weiterqualifikation zur Sozialpädagogin bzw. zum Sozialpädagogen.

Kostentabelle

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

18.12
Hannover / 02.11.2017

Landeshauptstadt

Hannover

Informations-
drucksache

In den Organisations- und Personalausschuss

Nr. 2605/2017

Anzahl der Anlagen 2

Zu TOP

2. Ergebnisbericht 2017 des Fachbereichs Personal und Organisation sowie des Fachbereichs Feuerwehr

Mit dieser Drucksache legt die Verwaltung die Ergebnisberichte für den Zeitraum von Januar – September 2017 für die Teilergebnishaushalte der Fachbereiche Personal und Organisation sowie Feuerwehr vor.

Die Ergebnisberichte bestehen aus drei Teilen:

- Teil I: Übersicht über die Entwicklung des Teilergebnishaushaltes des Fachbereiches. Dargestellt werden die Aufwendungen und Erträge in tabellarischer Form. Ergänzt wird das Zahlenmaterial durch eine Gesamtaussage zur Jahresprognose sowie zur Entwicklung im Berichtszeitraum. Zu ausgewählten Einzelpositionen werden zusätzliche Erläuterungen aufgeführt.

- Teil II: Komprimierte Übersicht über die finanzielle Entwicklung der wesentlichen Produkte des Fachbereiches sowie der Ziele der wesentlichen Produkte inklusive der dazugehörigen Kennzahlen und der jeweiligen Zielerreichung.

- Teil III: Darstellung von Zielen und Maßnahmen im Leistungsbericht des Fachbereichs. In Kurzform werden Ziele und Maßnahmen sowie der Zielerreichungsgrad pro Maßnahme dargestellt.

Erstellt wurden die Ergebnisberichte zum Stichtag 15.09.2017. Änderungen bei wesentlichen Produkten, ihren Zielen oder Kennzahlen können von den Ratsgremien im Rahmen der Haushaltsberatungen beantragt und beschlossen werden.

Erläuterungen zum Teilergebnishaushalt Personal und Organisation

Wesentliches Produkt des Fachbereichs Personal und Organisation ist das Produkt

„Personal- und Organisationsmanagement und Controlling“.

Die aktuelle Prognose weist im Ergebnis des Teilhaushaltes eine Verschlechterung gegenüber Ansatz in Höhe von -7.798 T€ (-14%) aus. Bedingt ist dies dadurch, dass bei den zentral im Teilhaushalt 18 ausgewiesenen Personalaufwendungen Haushaltsreste in Höhe von rund 9.885 T € sowie Verschiebungen von Frauenfördermitteln in andere Fachbereiche in Höhe von -686 T € im Ansatz nicht berücksichtigt sind. Unter Berücksichtigung dieser Effekte ergibt sich für den Teilhaushalt 18 eine Ergebnisverbesserung in Höhe 1.401 T €.

Erläuterungen zum 2. Ergebnisbericht 2017 Teilergebnishaushalt Feuerwehr

In der aktuellen Prognose weist das Ergebnis des Teilhaushaltes eine Verbesserung in Höhe von 1.179 T€ (1,94%) aus.

Die geplanten Erträge werden voraussichtlich 697 T€ (1,57%) unter dem Planwert liegen. Erträge im Teilhaushalt werden überwiegend durch die Abrechnung von Einsätzen erwirtschaftet. Bei der Einsatzzahl handelt sich um eine nicht planbare Größe. Die Anpassung der Entgeltvereinbarung für die Leistungen im Rettungsdienst erfolgt nach der zum 1.10.2017 wirksamen Bedarfsplananpassung.

Die Aufwendungen liegen in der Prognose 1.699 T€ (1,62%) unter dem Ansatz. Dabei werden die Personalaufwendungen für das aktive Personal und die Aufwendungen für die Versorgung den Ansatz um 225 T€ (0,32%) überschreiten. Die übrigen Aufwandsbereiche, inkl. der internen Leistungsbeziehungen, werden voraussichtlich 1.924 T€ (5,69%) unter den Ansatzwerten bleiben. Das außerordentliche Ergebnis weist zudem einen positiven Wert von 177 T€ aus.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Mit dieser Informationsdrucksache wird über die finanzielle Entwicklung und die Zielerreichung der Fachbereiche berichtet. Genderspezifische Aspekte sind hierdurch nicht unmittelbar betroffen.

Kostentabelle

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

Dez. I
Hannover / 30.10.2017

2. Bericht zum Teilergebnishaushalt

TH 18 - Personal und Organisation

Teil I: Entwicklung des Teilergebnishaushaltes in Tausend Euro

| | Ergebnis 2016 | Zeitraum Januar bis Dezember 2017 | | | | Zeitraum Januar bis September 2017 | | | | Erläuterung |
|---|------------------|-----------------------------------|------------------|---------------|------------|------------------------------------|------------------|--------------|-----------|-------------|
| | | Ansatz 2017 | Prognose 2017 | Abweichung | | Planung | Ist 15.9.2017 | Abweichung | | |
| | | | | absolut | in % | | | absolut | in % | |
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | |
| 12. Summe ordentliche Erträge | 14.487 | 25.158 | 26.527 | 1.369 | 5 | 18.868 | 9.686 | -9.182 | -49 | X |
| 13. Aufwendungen für aktives Personal | 66.592 | 71.526 | 77.090 | 5.564 | 8 | 53.645 | 36.486 | -17.159 | -32 | X |
| 14. Aufwendungen für Versorgung | 7.583 | 6.518 | 7.144 | 626 | 10 | 4.889 | 4.176 | -713 | -15 | X |
| 15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 26.917 | 27.313 | 28.336 | 1.023 | 4 | 20.485 | 18.980 | -1.505 | -7 | X |
| 16. Abschreibungen | 7.907 | 5.984 | 7.921 | 1.937 | 32 | 4.504 | 5.792 | 1.288 | 29 | X |
| 17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 2 | 1 | 1 | 0 | 0 | 1 | 1 | 0 | 0 | |
| 18. Transferaufwendungen | 671 | 659 | 840 | 181 | 27 | 494 | 369 | -125 | -25 | X |
| 19. sonstige ordentliche Aufwendungen | 6.160 | 7.577 | 7.317 | -260 | -3 | 5.683 | 5.021 | -662 | -12 | X |
| 20. Summe ordentliche Aufwendungen | 115.832 | 119.578 | 128.649 | 9.071 | 8 | 89.701 | 70.824 | -18.877 | -21 | |
| 21. ordentliches Ergebnis | -101.345 | -94.420 | -102.122 | -7.702 | -8 | -70.833 | -61.139 | 9.694 | 14 | |
| 24. außerordentliches Ergebnis | -4 | | -7 | -7 | | | -15 | -15 | | |
| 25. Jahresergebnis | -101.349 | -94.420 | -102.129 | -7.709 | -8 | -70.833 | -61.153 | 9.680 | 14 | |
| 28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen | 38.446 | 39.516 | 39.427 | -89 | 0 | 29.637 | 25.925 | -3.712 | -13 | |
| 29. Ergebnis mit internen Leistungsbeziehungen | -62.903 | -54.904 | -62.702 | -7.798 | -14 | -41.196 | -35.229 | 5.967 | 14 | |

Erläuterungen zum Teilergebnishaushalt

Ziffer 12: Die ausgewiesenen Mehrerträge sind im Wesentlichen auf Erstattungen der Agentur für Arbeit für ATZ-Fälle (760 Tsd. €) und auf Abfindungen für Beamte im Rahmen der Versorgungslastenteilung (516 Tsd. €) zurückzuführen. Des Weiteren werden in der Gemeinschaftsverpflegung Mehrerträge in Höhe von rund 212 Tsd. € (Verschiebung geplanter Baumaßnahmen ins Jahr 2018) prognostiziert. Im Gartensaal hingegen ist, bedingt durch die länger als geplant andauernde Sanierung der Südfassade des Neuen Rathauses, mit Ertragseinbrüchen in Höhe von 325 Tsd. € zu rechnen.

Ziffer 13: Der im TH18 im Vergleich zum Haushaltsansatz ausgewiesene Personalmehraufwand wird um rund 9,2 Mio. € zu hoch ausgewiesen, da Haushaltsreste in Höhe von knapp 9,9 Mio. € sowie die Verschiebung zentral im P11105 veranschlagter Frauenfördermittel in andere Fachbereiche in Höhe von - 685,9 Tsd. € im Ansatz nicht abgebildet werden.

Ziffer 14: Gesamtstädtisch wird eine Überschreitung der geplanten Aufwendungen für die Beihilfen prognostiziert. Diese Prognose wird derzeit zentral im TH 18 abgebildet.

Ziffer 15: Bei den gesamtstädtischen Reinigungsaufwendungen werden Mehraufwendungen in Höhe von 500 Tsd. € (Neue Reinigungsobjekte, höhere Vertretungsaufwendungen, Umstellung von Leistungsverzeichnissen, etc.) erwartet. Für zentral im Produkt 11105 abgebildete gesamtstädtischen Aufwendungen für Aus- und Fortbildung und für Dolmetscherdienstleistungen sind aufgrund gesteigener Bedarfe der Fachbereiche Überschreitungen in Höhe von insgesamt 460 Tsd. € zu erwarten.

Ziffer 16: Die Prognose der Abschreibungswerte wurde auf Basis der Buchungen bis inkl. September ermittelt. Die auch im Vergleich zu den Vorjahren deutlich zu niedrig angesetzten Planwerte sind ursächlich für die ausgewiesene Überschreitung.

Ziffer 18: Zur Deckung der prognostizierten Überschreitung stehen Haushaltsreste aus dem Vorjahr zur Verfügung.

Ziffer 19: Die Prognose der sonstigen ordentlichen Aufwendungen liegt trotz der um rund 70 Tsd. € gestiegenen Aufwendungen für Stellenanzeigen um 200 Tsd. € unter Plan. Maßgeblich hierfür sind Einsparungen bei den Formelhaufwendungen sowie

2. Bericht zum Teilergebnishaushalt 2017

TH 18 - Personal und Organisation

Teil II: Entwicklung der wesentlichen Produkte in Tausend Euro

| | Ergebnis 2016 | Zeitraum Januar bis Dezember 2017 | | | | Zeitraum Januar bis September 2017 | | | | Erläuterungen | |
|---|------------------|-----------------------------------|----------------|------------------|------------|------------------------------------|----------------|------------------|------------|---------------|------|
| | | 1 | Ansatz 2017 | Prognose 2017 | Abweichung | | Pla- nung | Ist 15.9.2017 | Abweichung | | |
| | | | | | absolut | in % | | | absolut | | in % |
| | | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | | |
| Pers.- und Org.management, Controlling | 11105 | | | | | | | | | | |
| ordentliche Erträge | 3.898 | 14.425 | 15.865 | 1.440 | 10 | 10.819 | 2.584 | -8.235 | -76 | | |
| ordentliche Aufwendungen | 37.553 | 38.435 | 45.448 | 7.013 | 18 | 28.826 | 15.433 | -13.393 | -46 | | |
| ordentliches Ergebnis | -33.655 | -24.010 | -29.583 | -5.573 | -23 | -18.007 | -12.849 | 5.158 | 29 | | |
| außerordentliches Ergebnis | | | | | | | -7 | -7 | | | |
| Anteil fachbereichsint. Dienstleist. | 769 | 700 | 700 | 0 | 0 | 525 | 352 | -173 | -33 | | |
| Anteil interne Leistungsbez. | 148 | 149 | 155 | 6 | 4 | 111 | 109 | -2 | -2 | | |
| Ergebnis | -34.572 | -24.859 | -30.438 | -5.579 | -22 | -18.643 | -13.317 | 5.326 | 29 | | |

Erläuterungen

Ordentliche Erträge:

Ungeplante Erstattungen der Agentur für Arbeit für ATZ-Fälle in Höhe von rd. 760 Tsd. € sowie Mehrerträge aus Abfindungen für Beamte im Rahmen der Versorgungslastenteilung in Höhe von 516 Tsd. € tragen wesentlich zu den prognostizierten Mehrerträgen bei.

Ordentliche Aufwendungen:

Der Mehraufwand wird um rund 9,2 Mio. € zu hoch ausgewiesen, da Haushaltsreste in Höhe von knapp 9,9 Mio. € sowie die Verschiebung zentral im P11105 veranschlagter Frauenfördermittel in andere Fachbereiche in Höhe von -685,9 Tsd. € im Ansatz nicht abgebildet werden. Darüber hinaus wird gesamtstädtisch eine Überschreitung der geplanten Aufwendungen für Versorgungsaufwendungen Beamte und Beihilfen in Höhe von 626 Tsd. € prognostiziert, diese wird zentral im Produkt 11105 abgebildet.

Auch bei den zentral im Produkt 11105 abgebildeten gesamtstädtischen Aufwendungen für Aus- und Fortbildung, für Dolmetscherdienstleistungen sowie für Stellenanzeigen sind aufgrund gestiegener Bedarfe der Fachbereiche deutliche Überschreitungen zu erwarten. Diese summieren sich auf insgesamt rund 530 Tsd. €.

2. Bericht zum Teilergebnishaushalt 2017

TH 18 - Personal und Organisation

Teil II: Ziele der wesentlichen Produkte

| Wesentliches Produkt | Ziele | Kennzahlen | Plan | Ist | Abweichung | Zielerreichung | | |
|---|---|---|------|-----|------------|----------------|---------|---------|
| | | | | | | 30. 06. | 30. 09. | 31. 12. |
| Personal- und Organisationsmanagement, Controlling | Der demografischen Entwicklung entgegenwirken und die Beschäftigungsfähigkeit der MA/-innen der LHH sichern | Die Attraktivität der LHH als Arbeitgeberin erhöhen | 75% | 73% | -2,7% | ↑ | ↑ | |
| | | Umsetzungsgrad von Projekten und Maßnahmen zur Gesundheitsförderung, die die Beschäftigungsfähigkeit unterstützen | 80% | 78% | -2,5% | ↑ | ↑ | |
| | | Gesamtzahl der Ausbildungsplätze eines Ausbildungsjahrgangs | 185 | 183 | -2 | ↑ | ↑ | |
| | | Anzahl der angebotenen städtischen Ausbildungsberufe / Studiengänge | 38 | 38 | 0 | ↑ | ✓ | |
| | | Anzahl der unbefristet übernommenen Auszubildenden (Vollzeitkräfte) | 85 | 82 | -3 | ↑ | ↑ | |

Legende:



Ziel wird übererfüllt



Ziel wird erreicht



Zielerreichung mit Schwierigkeiten / Risiken



Ziel wird nicht erreicht



Ziel wurde erreicht

2. Bericht zum Teilergebnishaushalt 2017

TH 18 - Personal und Organisation

Teil III: Leistungsbericht

| Strategische Ziele | | | | |
|---|--|----------------|--------|--------|
| Ziele (in 2017) | Maßnahmen (in 2017) | Zielerreichung | | |
| | | 30.06. | 30.09. | 31.12. |
| Steigerung der Arbeitgeber - Attraktivität | Durchführung von Veranstaltungen mit betroffenen Fachbereichen. | ↑ | ↑ | |
| | Einführung mobiles Arbeiten. | ↑ | ↑ | |
| | Dezernatsübergreifende Teilnahme an der initiative Wissenschaft in Kooperation mit OE 15.2 und OE 23.3 und drehen eines Imagefilmes mit Bachelor of Science. | ↑ | ↑ | |
| | Schaffung neuer Qualifizierungs- und personalentwicklungsmaßnahmen (Aufstiegsqualifizierungen in Gruppen). | ↑ | ↑ | |
| Verstetigung der Beteiligung | Konzeptionierung der Beteiligung auf Stadtbezirksebene. | ↑ | ↑ | |
| | Aufbau einer Koordinationsstelle (BürgerInnen-) Beteiligung im Stadtbezirksmanagement. | ↑ | ↑ | |
| | Entwicklung eines Qualifizierungskonzeptes. | → | ↑ | |
| | Entwicklung von Grundlagen zur Qualitätssicherung und -entwicklung. | → | ↑ | |
| | Aufbau eines Beteiligungsportals inkl. Online-Dialogplattform. | → | → | |
| Umsetzung der elektronischen Vergabe (e-Vergabe) | Sukzessive Schulungen in den Fachbereichen und Betrieben zur Einführung der e-Vergabe. | ↑ | ↑ | |
| | Evaluation zur Bieterresonanz. | ↑ | ↑ | |
| | Evtl. Erweiterung der Werbemaßnahmen um Bieterbeteiligung zu erhöhen. | ↑ | ↑ | |
| | Durchführung aller Vergabeverfahren mit der e-Vergabe (Bauleistungen >10 T€/ Dienst- und Lieferleistungen >5 T€) | → | → | |

Legende:

- ↑ Maßnahme läuft planmäßig
- Maßnahme läuft mit Schwierigkeiten / Risiken
- ↓ Maßnahme läuft nicht
- ✓ Maßnahme ist abgeschlossen

2. Bericht zum Teilergebnishaushalt

TH 37 - Feuerwehr

Teil I: Entwicklung des Teilergebnishaushaltes in Tausend Euro

| | Ergebnis 2016 | Zeitraum Januar bis Dezember 2017 | | | | Zeitraum Januar bis September 2017 | | | | Erläuterung |
|---|------------------|-----------------------------------|------------------|--------------|----------|------------------------------------|------------------|--------------|----------|-------------|
| | | Ansatz 2017 | Prognose 2017 | Abweichung | | Planung | Ist 15.9.2017 | Abweichung | | |
| | | | | absolut | in % | | | absolut | in % | |
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | |
| 12. Summe ordentliche Erträge | 43.888 | 44.308 | 43.611 | -697 | -2 | 33.184 | 30.839 | -2.345 | -7 | |
| 13. Aufwendungen für aktives Personal | 37.522 | 46.767 | 46.992 | 225 | 0 | 35.075 | 33.728 | -1.347 | -4 | |
| 14. Aufwendungen für Versorgung | 28.265 | 24.579 | 24.579 | 0 | 0 | 18.435 | 16.933 | -1.502 | -8 | |
| 15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 6.290 | 8.616 | 7.203 | -1.413 | -16 | 6.921 | 4.825 | -2.096 | -30 | |
| 16. Abschreibungen | 5.368 | 4.340 | 4.340 | 0 | 0 | 3.279 | 3.969 | 690 | 21 | |
| 17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen | | | | | | | 0 | | | |
| 18. Transferaufwendungen | | | | | | | 0 | | | |
| 19. sonstige ordentliche Aufwendungen | 15.406 | 16.663 | 16.168 | -495 | -3 | 12.254 | 11.088 | -1.166 | -10 | |
| 20. Summe ordentliche Aufwendungen | 92.850 | 100.965 | 99.282 | -1.683 | -2 | 75.964 | 70.543 | -5.421 | -7 | |
| 21. ordentliches Ergebnis | -48.962 | -56.657 | -55.671 | 986 | 2 | -42.780 | -39.704 | 3.076 | 7 | |
| 24. außerordentliches Ergebnis | 279 | | 177 | 177 | | | 177 | 177 | | |
| 25. Jahresergebnis | -48.683 | -56.657 | -55.494 | 1.163 | 2 | -42.780 | -39.527 | 3.253 | 8 | |
| 28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen | -3.626 | -4.200 | -4.184 | 16 | 0 | -3.150 | -3.072 | 78 | 2 | |
| 29. Ergebnis mit internen Leistungsbeziehungen | -52.309 | -60.857 | -59.678 | 1.179 | 2 | -45.930 | -42.599 | 3.331 | 7 | |

Erläuterungen zum Teilergebnishaushalt

Der Teilhaushalt weist in der Prognose eine Verbesserung von 1.179 T€ aus, die im Wesentlichen aus Minderaufwendungen in allen Produkten des Teilhaushaltes resultiert. Allerdings wird die aktuelle Freigabe nicht ausreichen. Es bestehen, insbesondere im Produkt Rettungsdienst vertragliche Verpflichtungen, die dem entgegenstehen. Zudem werden neue Feuerwehrhelme beschafft. Dafür sind explizit Mittel angesetzt worden, die noch nicht im ausreichenden Maße freigegeben sind. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen weisen in der Prognose eine Verbesserung von 1.413 T€ aus. Die Prognose berücksichtigt dabei die bisherige gute Entwicklung. Jedoch sind insbesondere mögliche Aufwendungen für Einsatzmittel und Fahrzeugunterhaltung / -reparaturen nicht planbar. Aufgrund von Terminanpassungen im Rahmen von Bauprojekten werden zum Jahresende 2017 Haushaltsreste beantragt.

2. Bericht zum Teilergebnishaushalt 2017

TH 37 - Feuerwehr

Teil II: Entwicklung der wesentlichen Produkte in Tausend Euro

| | Ergebnis 2016 | Zeitraum Januar bis Dezember 2017 | | | | Zeitraum Januar bis September 2017 | | | | Erläuterungen |
|--------------------------------------|------------------|-----------------------------------|------------------|------------|----------|------------------------------------|------------------|--------------|----------|---------------|
| | | Ansatz 2017 | Prognose 2017 | Abweichung | | Pla- nung | Ist 15.9.2017 | Abweichung | | |
| | | | | absolut | in % | | | absolut | in % | |
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | |
| Gefahrenabwehr | 12602 | | | | | | | | | |
| ordentliche Erträge | 8.502 | 7.506 | 7.561 | 55 | 1 | 5.500 | 5.522 | 22 | 0 | |
| ordentliche Aufwendungen | 60.358 | 65.665 | 65.159 | -506 | -1 | 49.400 | 47.223 | -2.177 | -4 | |
| ordentliches Ergebnis | -51.856 | -58.159 | -57.598 | 561 | 1 | -43.900 | -41.701 | 2.199 | 5 | |
| außerordentliches Ergebnis | 275 | | 116 | 116 | | | 117 | 117 | | |
| Anteil fachbereichsint. Dienstleist. | 2.325 | 3.155 | 3.155 | 0 | 0 | 2.366 | 1.290 | -1.076 | -45 | |
| Anteil interne Leistungsbez. | 2.157 | 2.598 | 2.582 | -16 | -1 | 1.949 | 1.881 | -68 | -3 | |
| Ergebnis | -56.063 | -63.912 | -63.219 | 693 | 1 | -48.215 | -44.755 | 3.460 | 7 | |

| | | | | | | | | | | |
|--------------------------------------|--------------|--------------|--------------|-----------|----------|--------------|--------------|------------|----------|--|
| Rettungsdienst | 12701 | | | | | | | | | |
| ordentliche Erträge | 34.499 | 35.952 | 35.227 | -725 | -2 | 26.964 | 24.668 | -2.296 | -9 | |
| ordentliche Aufwendungen | 26.740 | 28.494 | 27.729 | -765 | -3 | 21.441 | 19.166 | -2.275 | -11 | |
| ordentliches Ergebnis | 7.759 | 7.458 | 7.498 | 40 | 1 | 5.523 | 5.502 | -21 | 0 | |
| außerordentliches Ergebnis | 4 | | 32 | 32 | | | 32 | 32 | | |
| Anteil fachbereichsint. Dienstleist. | 199 | 91 | 91 | 0 | 0 | 68 | 44 | -24 | -35 | |
| Anteil interne Leistungsbez. | 209 | 208 | 208 | 0 | 0 | 156 | 146 | -10 | -6 | |
| Ergebnis | 7.355 | 7.159 | 7.231 | 72 | 1 | 5.299 | 5.344 | 45 | 1 | |

Erläuterungen

Das Produkt Gefahrenabwehr weist in der Prognose eine Verbesserung von 693 T€ aus. Diese resultiert vordringlich aus Minderaufwendungen bei den Sachausgaben. Die derzeit moderaten Entwicklungen der Aufwendungen für Fahrzeugunterhaltung sowie der Sonstigen Aufwendungen tragen einen erheblichen Anteil zu dieser Prognose bei. Angesetzte Aufwendungen für Umzüge im Rahmen von Bauprojekten werden nicht mehr in diesem Haushaltsjahr entstehen. Hierfür werden Haushaltsreste in 2017 beantragt.

Das Produkt Rettungsdienst weist in der Prognose eine Verbesserung von 72 T€ aus, die im Wesentlichen aus Minderaufwendungen und dem außerordentlichen Ergebnis resultieren. In der Prognose werden keine Mehrerträge mehr ausgewiesen. Die Entgeltanpassung orientiert sich am Bedarfsplan, der zum 01.10.2017 angepasst wird. Da die Kosten der Bedarfsplananpassung in der Entgeltvereinbarung, die derzeit mit den Kostenträgern verhandelt wird, enthalten sein sollen, verschiebt sich diese nach den Termin der Anpassung. Diese Verschiebung wirkt sich negativ auf die Prognose der Kassenwirksamkeit der Erträge aus. Die Bedarfsplananpassung hat zur Folge, dass die vertraglichen Verpflichtungen, insbesondere gegenüber den Beauftragten im Rettungsdienst und diversen Kliniken (Gestellung von ITW- und Notärzten), steigen. Die bestehenden Freigaben können nicht eingehalten werden.

2. Bericht zum Teilergebnishaushalt 2017

TH 37 - Feuerwehr

Teil II: Ziele der wesentlichen Produkte

| Wesentliches Produkt | Ziele | Kennzahlen | Plan | Ist | Abweichung | Zielerreichung | | |
|-----------------------|---|---------------------------------|--------|--------|------------|----------------|--------|--------|
| | | | | | | 30.06. | 30.09. | 31.12. |
| Gefahrenabwehr | Kontinuierliche Sicherstellung des Sicherheitsniveaus in der LHH durch Einsatz eines Löschzuges mit 12 Funktionen innerhalb der Hilfsfrist von 9,5 Minuten im Bereich Brandschutz. (Die Hilfsfrist definiert sich nach den „Qualitätskriterien für die Bedarfsplanung von Feuerwehren in Städten“ der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren als die Zeitdifferenz zwischen dem Beginn der Notrufabfrage in der Notrufabfragestelle und dem Eintreffen des ersten Feuerwehrfahrzeuges an der Einsatzstelle.) | Grad der Hilfsfristerreichung | 90,00% | 84,29% | 6,34% | → | → | |
| Rettungsdienst | Kontinuierliche Sicherstellung des Sicherheitsniveaus in der LHH durch Einsatz eines geeigneten Rettungsmittels innerhalb einer Eintreffzeit von 15 Minuten im Bereich Notfallrettung. (Die Eintreffzeit definiert sich nach der Bedarfsverordnung Rettungsdienst als Zeitraum zwischen dem Beginn der Einsatzentscheidung durch die zuständige Rettungsleitstelle bis zum Eintreffen des ersten Rettungsmittels am Einsatzort.) | Grad der Eintreffzeiterreichung | 95,00% | 94,78% | 0,23% | ↑ | ↑ | |

Legende:

| | |
|----|--|
| ↑↑ | Ziel wird übererfüllt |
| ↑ | Ziel wird erreicht |
| → | Zielerreichung mit Schwierigkeiten / Risiken |
| ↓ | Ziel wird nicht erreicht |
| ✓ | Ziel wurde erreicht |

2. Bericht zum Teilergebnishaushalt 2017

TH 37 - Feuerwehr

Teil III: Leistungsbericht

| strategische Ziele | | | | |
|---|--|----------------|--------|--------|
| Ziele (in 2017) | Maßnahmen (in 2017) | Zielerreichung | | |
| | | 30.06. | 30.09. | 31.12. |
| Vorbereitung der technischen Inbetriebnahme der Regionsleitstelle Hannover | Planung und Ausschreibung der Leitstellentechnik | ↑ | ✓ | |
| <u>Umsetzung der Bauvorhaben des Fachbereichs Feuerwehr</u> | | | | |
| Neubau FRW 1, 2. BA | Weitere Konzeptbegleitung durch Projektgruppe, Umsetzungscontrolling gemeinsam mit OE 19 | ↓ | ↓ | |
| Erweiterung und Sanierung FRW 2, inkl. Redundanzleitstelle und Erweiterung der Feuerweherschule | Weitere Konzeptbegleitung durch Projektgruppe, Umsetzungscontrolling gemeinsam mit OE 19 | ↑ | ↑ | |
| Neubau FRW 3 | Beschluss Drucksache (0952/2017) zur Auftrags-Vergabe Raumplanungen abschließen | ↑ | ↑ | |
| Neubau FwH Misburg | Bebauungsplan umsetzen Gebäudeplanung nach Standard-Feuerwehrhaus groß | ↑ | ↑ | |

Legende:

- ↑
-
- ↓
- ✓

- Maßnahme läuft planmäßig
- Maßnahme läuft mit Schwierigkeiten / Risiken
- Maßnahme läuft nicht
- Maßnahme ist abgeschlossen

Landeshauptstadt

Hannover

Informations-
drucksache

In den Organisations- und Personalausschuss

Nr. 2735/2017

Anzahl der Anlagen 1

Zu TOP

Bericht über die Prognose zum Personalaufwand 2017

Mit dieser Informationsdrucksache legt die Verwaltung den fünften Bericht über die Prognose zum Personalaufwand 2017 mit dem Stand 31.10.2017 vor.

Der beigefügten Prognose für die Kernverwaltung liegen die Aufwendungen für das beschäftigte Personal (disponible Personalaufwendungen), die Versorgungsempfänger/-innen und die Beihilfen im Krankheitsfall (nicht disponible Personalaufwendungen), die Pensions- und Beihilferückstellungen sowie die Arbeitsgelegenheiten (AGH) zu Grunde.

Die aktuell zur Verfügung stehende Haushaltsermächtigung basiert auf dem Haushaltsansatz 2017, der sich um bewilligte Haushaltsreste aus 2016, umgewandelte Sachaufwendungen und erzielte Mehreinzahlungen erhöht.

Die aktuelle Prognose mit dem Stand 31.10.2017 weist eine **Unterschreitung von ca. – 11,96 Mio. €/- 2,03 %** (Vormonat: ca. -11,36 Mio. €/-1,93 %) aus.

Bei der Aufstellung des Haushalts 2017 und bei der aktuellen Prognose wurden für die Tarifbeschäftigten ab dem 01.02.2017 eine Tarifsteigerung in Höhe von 2,35% und für die Beamtinnen und Beamte ab dem 01.06.2017 eine Besoldungsanpassung in Höhe von 2,5% berücksichtigt.

Für die Umsetzung der neuen Entgeltordnung wurden zunächst Kosten in Höhe von 1,7 % der Aufwendungen für Tarifbeschäftigte berücksichtigt. Insbesondere aufgrund des Antragsvorbehalts lassen sich die tatsächlichen Mehrkosten für das aktuelle Haushaltsjahr zurzeit nicht konkret ermitteln.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Gender-Aspekte werden von dieser Informationsdrucksache nicht berührt.

Kostentabelle

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen, da es sich ausschließlich um die Dokumentation einer regelmäßig erstellten Prognose handelt.

18
Hannover / 09.11.2017

Personalaufwendungen 2017 - Prognose November

| Gesamtbeachtung: | Ermächtigung | Prognose | Differenz | in % |
|---------------------------------------|---------------------|-----------------|------------------|----------------|
| disponible Personalaufwendungen | 496,73 | 484,14 | - 12,59 | - 2,53% |
| nicht disponible Personalaufwendungen | 56,43 | 57,06 | + 0,63 | + 1,11% |
| Rückstellungen | 33,58 | 33,58 | 0,00 | 0,00% |
| Arbeitsgelegenheiten (AGH) | 1,84 | 1,84 | 0,00 | 0,00% |
| Gesamt: | 588,58 | 576,62 | -11,96 | - 2,03% |